

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5009. Postscheckkonto Berlin Nr. 4046 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 52 A

BERLIN • Mittwoch, den 2. März 1932

1 JAHRGANG

Bier, Brot . . . und Brüning.

Von Hellmut Rauschenplat.

Man las, der Reichstag habe beschlossen, die Butterzollerhöhung rückgängig zu machen. Der Großhandelspreis für Butter fiel daraufhin sofort um 9 Mark pro Zentner.

Eine feine Unterscheidung haben die Butterhändler und die meisten Zeitungsleser nicht beachtet: Im Reichstag ist lediglich der Antrag angenommen worden, die Regierung zu ersuchen, die Butterzollerhöhung rückgängig zu machen. Die Regierung wird sich um dieses Ersuchen nicht kümmern, sondern darum, was Herr SCHIELE will. Wegen des Butterpreises wird sich Herr BRÜNING, obwohl der Reichstag bekanntlich das souveräne deutsche Volk vertritt, kaum den Kopf zerbrechen.

Mehr Sorgen macht ihm der Brotpreis. Am Donnerstag sagte BRÜNING im Reichstag: „Es wird unser Bemühen sein, den Brotpreis so zu halten, wie er jetzt ist.“ Ende der Woche gaben die Berliner Bäcker bekannt, ab Montag werde das 2½-Pfund-Brot in Berlin um 2 Pfennige teurer sein.

Die Bäcker werfen dem Ernährungsministerium den Bruch von Versprechungen vor. Zur Preissenkung ab 2. Januar hätten sie sich nur bereit erklärt auf Grund der bestimmten Zusicherungen vom Reichspreiskommissar und Vertretern des Reichsernährungsministeriums, eine Erhöhung des Roggenpreises und somit des Roggenmehlpreises komme nicht in Frage und würde mit allen Mitteln verhindert werden. Nur sei Roggenmehl um 2 Mark, Weizenmehl sogar um 4 Mark pro Doppelzentner im Preis gestiegen. Unter Zugrundelegung der zugestandenen Preisspanne von 14 Pfennigen habe jede Bäckerei am Sack verbackenen Roggenmehls 1,20 Mark zugezahlt. „Wir können nicht länger Opfer bleiben und die große Not in unserem Gewerbe weiter verschärfen.“

Noch am Samstag wird amtlich mitgeteilt, die Getreidehandels-Gesellschaft werde russischen Roggen zu Preisen ab die zur Aufrechterhaltung der bisherigen Brotpreise

Kaufmann erhalten eine andere amtliche Mitteilung, die Spanne zwischen Roggenpreis und Roggenmehlpreis sei ungerechtfertigt hoch. Das wird amtlich mit Beispielen ausführlich belegt.

GOERDELER verordnet — auch am Samstag — einen anderen Ausmahlungsgrad für Roggenmehl, um dieses zu verbilligen.

Am Sonntag verbietet GOERDELER kurzerhand die Brotpreiserhöhung und droht bei Zuwiderhandlung mit Schließung von Betrieben.

Die Bäcker sind der Ansicht, die Regierung habe zu Gunsten der Großgrundbesitzer Versprechungen nicht gehalten. — Die Großagrariar-Presse antwortet unter Hinweis darauf, daß die Stimmen der Wirtschaftspartei (in der viele Bäckermeister Mitglieder sind) für das Zustandekommen einer BRÜNING-Mehrheit unentbehrlich waren: „Letzten Endes hat immer wieder die Landwirtschaft die Kosten des politischen Brotpreises zu tragen.“

Wie soll bei all diesem Rücksichtnehmen auf die verschiedensten Interessen, beim Zugestehen „angemessener“ Verdienstspannen das Brot billiger werden?

Welche anderen Kräfte die Regierung ins Spiel kommen lassen könnte, zeigt die Entwicklung des Benzinpreises. Die Gerüchte um den Einheitsreibstoff sind verstummt; ein ganz anderes Ereignis nimmt die Aufmerksamkeit der Interessenten in Anspruch: Es gibt nämlich seit einigen Tagen wieder Konkurrenz auf dem Benzinmarkt! Die Russen sind aus der „Benzin-Konvention“ ausgetreten. Die Wirkung: Der Benzinpreis ist bereits um 1—2 Pfennige pro Liter gesenkt worden. So kann man sehen, wer besser arbeitet: Konkurrenz oder Kommissar.

Natürlich entsteht ein Sturm der Entrüstung gegen die Regierung, die das Hereinkommen russischen Benzins begünstigt hat (das tat sie, weil man die Russen ihre Industriebestellungen doch bezahlen lassen muß!). Konkurrenz ist allerdings heute in Deutschland etwas so Ungewöhnliches, daß die entrüstete Frage verständlich ist: Warum sollen nun gerade wir Benzinhändler unter der Konkurrenz leiden, wo doch alle anderen vor jedem rauhen Hauch der Konkurrenzluft sorgfältig geschützt werden? Was dem einen recht ist, ist doch dem anderen billig?

Diese letztgenannte Frage stellen besonders eindringlich die Banken-Gläubiger, die beim Zusammenbruch ihrer Banken Verluste erlitten haben. Die Sanierung der Großbanken wurde bekanntlich so vorgenommen, daß die Gläubiger keinen Pfennig verloren haben.

Warum, fragen entrüstet die 34 000 Gläubiger der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz (Hagrubank), garantiert uns das Reich von unseren 50 Millionen Mark Forderungen (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Japan auf dem Rückzuge.

Japan entgegenkommender. — Der Völkerbund atmet auf.

Während das japanische Ultimatum noch läuft, das von den Chinesen die Zurückziehung ihrer Truppentransporte verlangt, widrigenfalls die Eisenbahnlinien nach Nanking auf einer Strecke von 80 km völlig zerstört werden sollten, und während die Kämpfe bei Schanghai weitergehen, mit einem Vorstoß der Japaner nach Tschapei, einem Gegenvorstoß der Chinesen bei Kiangwan, werden die Waffenstillstandsverhandlungen weitergeführt. Es handelt sich einerseits um neue geheime Vorschläge des englischen Gesandten, die die Verhandlungen zwischen den beiden feindlichen Regierungen unterstützen sollen. Eine Konferenz zwischen den Regierungsvertretern ist für Dienstag angesetzt worden; die Chinesen haben die Vorschläge des Engländers bereits angenommen. Andererseits haben am Montag auf dem englischen Flaggschiff in Schanghai Unterredungen stattgefunden, an denen die Oberbefehlshaber der Japaner und Chinesen, der chinesische Diplomat Ku und der englische Admiral KELLY teilgenommen haben und in der die Grundlagen eines sofortigen Waffenstillstandes und die Kontrolle der geräumten Gebiete durch die neutralen Mächte der Entscheidung sehr nahe gerückt worden sind.

Diese Maßnahmen, die ihren Grund allem Anschein nach in den militärischen und finanziellen Schwierigkeiten des japanischen Raubzuges nach Schanghai haben, haben nun die Initiative des Völkerbundes zur vollen Entfaltung gebracht. Unter dem Vorsitz PAUL-BONCOURS teilte zunächst SIMON im Völkerbundsrat den über London eingetroffenen Bericht aus Schanghai mit von den Besprechungen der feindlichen Heerführer. PAUL-BONCOURS legte daraufhin dem Völkerbundsrat einen Vorschlag vor, der folgende Punkte umfaßt:

1. Sofortige Einberufung einer Konferenz in Schanghai der interessierten Mächte zur endgültigen Wiederherstellung des Friedens.
2. Japan erklärt den Verzicht auf politische und territoriale Ziele in Schanghai. China erkennt die Unantastbarkeit des bisherigen Konzessionsgebiets an.
3. Die in Schanghai vertretenen Mächte werden an der Herbeiführung dieser Konferenz mitwirken.
4. Der Vorschlag berührt nicht die bisherige Haltung des Völkerbundes oder irgend einer andern Macht in dem Konflikt.

Italien, England, Deutschland erklärten sich mit den Vorschlägen PAUL-BONCOURS ausdrücklich einverstanden; SIMON erklärte, auch die amerikanische Regierung sei zum Mitwirken bereit.

Der Japaner SATO teilte mit, daß er den Vorschlag des Ratspräsidenten annehme unter dem Vorbehalt, daß seine Regierung ihre Zustimmung erteile, und unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß die japanische Regierung in Schanghai immer nur das Ziel verfolgt habe, Leben und Eigentum der Japaner in Schanghai zu schützen. Die japanische Regierung sei entschlossen, das internationale Konzessionsgebiet in Schanghai anzuerkennen, keine neutrale Zone in den chinesischen Häfen zu verlangen. Der chinesische Gesandte YEN erklärte die Vorschläge des Ratspräsidenten für annehmbar.

So wenig Befriedigung die durch die japanische Verlegenheit und den chinesischen Widerstand herbeigeführte Rettung des Völkerbundes in uns auslöst, die leider mit einer Ehrenrettung nichts zu tun hat, so erleichtert werden alle deren Sympathien in diesem Konflikt auf Seiten der Chinesen standen, daß die Vernichtung des Lebens und des Eigentums

AUS DEM INHALT:

Die „Eiserne Front“ kapituliert.
Einheitsfront für China.

Kommunistische Gewerkschaften
in den U.S.A.

Goerdelers Schlußbilanz.

Versammlungssonntag in Spanien.

Die Zeitungsfrau.

der chinesischen Bevölkerung auf Schranken gestoßen ist, die die Japaner nicht ohne weiteres zu überwinden vermögen. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Erwägung, daß die japanischen Soldaten nicht weiter gezwungen werden, im Dienst der Ziele einer imperialistischen Regierung auf ihre chinesischen Klassengenossen zu schießen.

Inzwischen ist die Kommission des Völkerbundes in Tokio eingetroffen. Sie wird elf Tage in Tokio bleiben, eskortiert von sechs Mitgliedern des Auswärtigen Amtes und zwei Offizieren des japanischen Generalstabs. Es entspricht der Bedeutung und Tragweite der Aufgaben dieser Kommission, daß als Erstes gemeldet wird, Bankette und Empfänge würden zur Ehre der Anwesenheit dieser Vertreter der Friedensmächte abgehalten.

Ungünstige Aussichten.

Am Spätabend des Montag machten die Japaner bei Tschapei noch einen weiteren Vorstoß. Die Chinesen konnten den Nordbahnhof erfolgreich verteidigen. Während der ganzen Nacht ist das Infanterie- und Maschinengewehrfeuer fortgesetzt worden. Auch an der Kiangwan-Front griffen die Japaner erneut an. Japanische Bombenflugzeuge bombardierten am Montag die Wusung-Forts sowie das Dorf Tschenu, wo sich vor zwei Tagen das Hauptquartier des chinesischen Oberbefehlshabers befand. Tschenu wurde vollkommen in Trümmer gelegt.

Die Stimmung in den amtlichen japanischen Kreisen in Schanghai ist trotz der Vermittlungsverhandlungen nicht sehr optimistisch. Japanische militärische Kreise wollen von keinerlei Verhandlungen über eine Truppenzurückziehung wissen. General UYEDA ließ am Spätabend des Montag erklären, daß er über Vermittlungsverhandlungen nicht unterrichtet sei. Das japanische Ultimatum, das die Zerstörung der chinesischen Eisenbahnlinien androht, hat bei den chinesischen Militärbehörden außerordentliche Bestürzung hervorgerufen. Sie erklären, daß durch diese Drohungen alle Hoffnungen auf eine allgemeine Vermittlungskonferenz vernichtet worden seien.

Fast die gesamte amerikanische Atlantikflotte hat plötzlich den Befehl erhalten, sich in den kalifornischen Flottenstützpunkten San Pedro und San Diego zu versammeln, um an den großen Flottenmanövern im Stillen Ozean teilzunehmen.

Neuer Angriff der oberschlesischen Eisenherren.

f Kattowitz, 29. Februar.

Der Arbeitgeberverband der oberschlesischen Eisenindustrie hat den Lohntarifvertrag für die Arbeiter der Eisenindustrie zum 31. März gekündigt. Der Arbeitgeberverband hatte bereits vor einigen Wochen den Versuch unternommen, die Arbeiterlöhne um 25 Prozent herabzusetzen. Der Schlichtungsausschuß hatte damals eine Lohnkürzung abgelehnt.

Lohnkampf in Schweden.

s Stockholm, 29. Februar.

Die Bemühungen des Schlichtungsausschusses im Lohnstreit der schwedischen Papierindustrie sind gescheitert. Die Arbeitgeber haben eine Versammlung auf den 4. März einberufen. Im Falle eines offenen Streits sind etwa 15 000 Mann betroffen. Nachdem bisher die Lohnfragen in der Maschinenindustrie (63 000 Mann), in der Eisenindustrie (28 000 Mann) und auf den Sägewerken (18 000 Mann) durch

Schiedsgericht beigelegt werden konnten, sind nunmehr kurz nacheinander die Vermittlungsversuche in der Zellstoff- und in der Papierindustrie gescheitert. Beide Industrien, namentlich die Papierfabriken, sind verhältnismäßig gut beschäftigt.

Englisches Zollgesetz angenommen.

m London, 29. Februar.

Das Oberhaus hat das Einfuhrzollgesetz mit 129 gegen 12 Stimmen angenommen. Außerdem wurden das Ausschußstadium sowie die kommissarische Zustimmung des Königs erledigt.

Am Dienstag tritt das Gesetz in Kraft. Am Sonntag bot der Londoner Hafen daher ein ungewöhnliches Bild. Zahlreiche Schiffe eilten wie in einem Wettrennen den Docks zu, um ihre Waren noch zollfrei ausladen zu können. Trotz starken Windes und hohen Seegangs waren bis zum Nachmittag 60 Schiffe in die Docks eingelaufen. Immerhin hat der Sturm es einer Reihe von Schiffen unmöglich gemacht, noch rechtzeitig in London einzutreffen; er hat damit dem englischen Schatzamt einen Gewinn von vielen tausend Pfund gerettet.

rungen nur 30 Prozent? In einer Entschließung heißt es: Daß die Regierung anders handeln könne, beweise der Fall der Danatbank, wo sie die Einlagen hundertprozentig garantiert habe. Wenn die Regierung ihre Garantie gegenüber den Sparern der Hagrubank, in deren Reihen bitterste Not herrsche, nicht erweitere, so hätten die Gläubiger hierfür nur die eine Erklärung: Die Erhaltung des jüdischen Kapitals bei der Danatbank müsse der Regierung wichtiger erscheinen, als die Erhaltung des Sparkapitals kleiner und kleinster Gläubiger.

Abgesehen von dem antisemitischen Ausfall, ist der Protest nicht verständlich?

Die Gläubiger jener Berliner Bank sind nicht die einzigen Interessenten, die sich darüber aufregen, daß den deutschen Großbanken und ihren Gläubigern Reichshilfe in so reichem Maße zuteil geworden ist. Vor mir liegt der Protest der Genossen der Schwiebuser Wirtschaftsbank, die mit je 7500 Mark für die Ende 1930 in Konkurs gegangene Bank haften. 30 Genossen seien, so heißt es, infolge des Konkurses von Haus und Hof vertrieben worden; 50 weitere seien in Konkurs geraten und hätten den Offenbarungseid geleistet. Hauptgläubiger sei die — Dresdener Bank, also das Reich!

Wie sollte auch der in Konkurs getriebene Schwiebuser Staatsbürger die staatspolitischen Erwägungen der Regierung würdigen, daß zwar Schwiebuser Mitglieder einer Genossenschaftsbank Pleite machen dürfen, den Gläubigern der deutschen Großbanken aber kein Haar gekrümmt werden dürfe; denn . . . das Ausland! — Ueberdies sind jene „staatspolitischen“ Erwägungen ja auch, wie wir im „Funken“ nachgewiesen haben, falsch!

Je mehr Eingriffe der Staat vornimmt, um so mehr Eingriffe werden von ihm gefordert; um so größer wird die Gefahr, daß er Fehler macht.

Herr GOERDELER, der die Staatseingriffe in das Preisgefüge gewissermaßen in seiner Person verkörpert, hat sich auf besonders gefährliches Gebiet gewagt, als er — nach langem Zögern — eine Senkung der Bierpreise verfügte. Er verlangte, daß die Brauer den Hektoliterpreis um 2 Mark (etwa 4 Prozent) senkten, und daß außerdem die Gastwirte pro Hektoliter 2 Mark von ihrer Verdienstspanne hergeben sollten. Eine merkwürdige Verteilung der Belastung durch die Preissenkung! Die Brauereien sind bekanntlich diejenigen Unternehmungen in Deutschland, die von jeher die höchsten Dividenden gezahlt haben und auch heute ihre Dividenden auf beachtlichem Stande halten. Kein Wunder übrigens, denn die Rohstoffpreise pro Hektoliter haben sich seit 1926 von 9,05 auf 4,60 Mark gesenkt; die Notverordnung brachte die Senkung von Löhnen, Kohlenpreisen, Frachten, Zinsen. Das Urteil des „Deutschen Volkswirts“ ist: „Die Brauereien wären . . . in der Lage, den Bierpreis um 5 Mark pro Hektoliter zu senken, ohne auch nur einen Pfennig ihrer noch immer sehr reichlichen Gewinne . . . zu opfern.“ — Den Gastwirten wird wahrscheinlich ihr Anteil an der Preissenkung wesentlich schwerer fallen als den Brauereien der ihre. Für die Verteilung der Belastung ist offensichtlich nicht die Tragfähigkeit der Schultern, sondern die Einschätzung der Widerstandskraft gegenüber dem Staatseingriff maßgebend gewesen. Da hat sich nun allerdings Herr GOERDELER schwer verschätzt!

Die Wirtschaftspartei hat im Zusammenhang mit der Preissenkungsaktion eine Ermäßigung der Biersteuer mit solcher Energie gefordert, daß völlig klar wurde: Das ist der Preis für die Unterstützung der Regierung BRÜNING im Reichstag. Auf diese Unterstützung war BRÜNING angewiesen. Die Regierung gab also nach und sicherte eine Herabsetzung der Biersteuer vom 1. April ab zu, — obgleich dies nach Ansicht vieler einen Verzicht auf Steuereingänge bedeutete, für die kein Ersatz in Aussicht stand.

Das erste Nachspiel: BREDT erklärte als Sprecher der Wirtschaftspartei im Reichstag: „Wir folgen nur unserem Gewissen, wenn wir auch jetzt noch einmal für die Regierung stimmen.“

Zweites Nachspiel: Das Reichsfinanzministerium hatte bereits mitgeteilt, daß es bereit sei, die geplante Biersteuer senkung zum 2. März in Kraft treten zu lassen. Es läßt aber nunmehr mitteilen: Wenn der Bierstreik andauere, wird eine Senkung nicht mehr in Frage kommen.

Sollen nun am Ende die Parteigänger des Herrn BREDT sich mit der Befriedigung ihres Gewissens begnügen und um den Preis ihrer Stimmen gebracht werden?

Wichtiger sind viele andere Fragen: Warum sollen ausgerechnet die Brauereien besonders viel verdienen? Warum soll ausgerechnet Bier billiger werden? Wäre es nicht sogar ausgezeichnet, den Alkoholkonsum durch Anziehen der Steuer-schraube einzudämmen und dadurch Kaufkraft in wichtigeren Kanäle zu leiten? Dadurch würden allerdings die Einnahmen aus der Biersteuer vielleicht sinken. Können Reich- und Gemeindegassen diese Senkung vertragen? Wie einen Ersatz finden? — Solche sachlichen Erwägungen haben bei der Ankündigung der Biersteuersenkung, wenn überhaupt, so nur eine nebensächliche Rolle gespielt. Es handelte sich hier um „Politik“, nicht um Fragen der Wirtschaft.

Von den Preisen für Baustoffe, Bücher, Braunkohle und Brom, von Briefporto, Bergbau, Börse, Bilanzen, Bankerotten und anderen Blamagen kann in diesem Zusammenhang aus Raumgründen leider nicht die Rede sein. Ein Uebergreifen gar auf andere Buchstaben des Alphabets verbietet sich aus dem gleichen Grunde. Wir können aber auch so die Bilanz ziehen:

Eine Regierung, die um die Mehrheit werben muß, wird nur zu leicht davon abgehen, sachlich zu untersuchen, was im einzelnen richtig ist. Sie wird stets in der Versuchung sein, Abstimmungs- und Wahlpolitik zu machen. So deutlich wie bei BRÜNING ist das nicht immer. Daß es hier so deutlich wurde, sollte jeden zum Nachdenken veranlassen über das System, in dem so etwas möglich ist.

In der Demokratie ist es besonders gefährlich, wenn der Staat im einzelnen in die Wirtschaft eingreift. Das ist aber

Einheitsfront für China.

O. P. Am 27. Februar sprach die Genossin CHIVIN CHEN in einer stark besuchten ISK-Versammlung in Erfurt über das Thema: „Die Lage in China und die Aufgabe des europäischen Proletariats.“ Genossin CHEN schilderte das brutale Vorgehen der imperialistischen Machthaber Japans gegen China, die Komödie des Völkerbundes gegenüber dem drohenden Weltkriege und das einheitliche Auftreten des chinesischen Volkes zunächst gegen seine auswärtigen Ausbeuter. Die Rednerin gab einen Einblick in die konfuzianische Kultur und stellte die Frage, von wem in diesem Kriege die Zivilisation bedroht und verletzt würde. — Schließlich verlangte sie vom europäischen Proletariat, die Waffen- und Munitionsproduktion sowie alle Waffentransporte nach Asien zu verhindern und durch Versammlungen und Kundgebungen eine öffentliche Meinung gegen das japanische Unrecht zu schaffen.

SPD, SAJ, „Reichsbanner“, KPD, KPD-O, Physokratischer Kampfbund, Syndikalisten; außerdem waren verschiedene Gewerkschaften, Freidenker, die Naturfreunde und die religiösen Sozialisten vertreten. — Die Redner brachten ihre Sympathien zum chinesischen Proletariat zum Ausdruck und betonten übereinstimmend die Notwendigkeit aktiver Abwehrmaßnahmen gegen den drohenden Weltkrieg und gegen die — vorläufig noch versteckten — imperialistischen Angriffe auf Sowjet-Rußland. Sie verlangten, besonders von den Gewerkschaften, ein Einschreiten gegen die Kriegsvorbereitungen der Rüstungsindustrie, eventuell den Streik der beteiligten Arbeiter gegen die Produktion und den Transport von Waffen und Munition. Die Arbeiterschaft muß aber auch die geistigen Vorbereitungen zum Krieg bekämpfen: z. B. die militärischen Kitschfilme, die Verherrlichung des Krieges in Schule, Literatur und Presse.

Ein SAJ-Genosse erklärte, daß die „rote Jungfront“ für diesen Kampf bereit sei. Allgemein wurde die Einigung der Arbeiterschaft in der Reichspräsidentenwahl als eine Vorbedingung des proletarischen Einheitskampfes anerkannt. Die Diskussionsredner forderten dazu auf, die Bemühungen für den sozialistischen Einheitskandidaten im zweiten Wahlgang zu verstärken.

Es kam einmütig zum Ausdruck, daß es die höchste Zeit ist, den Kampf für die einheitlichen Interessen der gesamten Arbeiterschaft zu beginnen. Ein Zurückschrecken vor der Schwere dieser Aufgabe darf es nicht geben. CHIVIN CHEN wiederholte die Worte, die KONFUZIUS zu einem an der eigenen Kraft verzweifelnden Schüler sagte: „Wessen Kraft nicht ausreicht, der bleibt auf halbem Wege liegen, aber du beschränkst dich ja von vornherein selber.“

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Pachtelreiter-Verlag, Berl. n.

(51. Fortsetzung.)

„Chiffrierte Drahtdepeschen kriegen wir bestimmt nicht mehr durch!“ meint Lomnior unruhig.

Brandt sitzt schweigend am Tisch. Broucq wuchtet übers Parkett. „Offen gestanden“, grollt er in seinen Urwald hinein, „ich hätte dem alten Saint Brice mehr Klugheit zuge-
traut. Er muß doch wissen, daß die neun Millionen der ‚Union‘ nicht an die Wand zu drücken sind!“

Brandt steht rasch auf. „Natürlich verliert er das Spiel! Er muß verlieren! Jetzt kriegen wir die Last fuderweise auf unsern Buckel, Freunde! Die ‚Union‘ soll viel leisten! Auf die Berliner ist Verlaß, auch in Wien sind wir gut organisiert. In Warschau scheint allerdings die ‚Union‘ von radikalen Elementen beherrscht, die verdächtig nach Bolschewismus riechen . . .“

„Was wollen Sie, Brandt“, unterbricht ihn Rhée, „jetzt kommt es nicht auf Nuancen an, sondern auf die allgemeine Stoßrichtung.“

„Im Gegenteil! Mir kommt es auf die ‚Nuancen‘ sehr an, liebe Landrux!“

Pandrucci schleudert seine Arme in die Höhe. „Bewegung! Fluß in die Massen! Generalstreik! Das andre kommt dann von selbst!“

Brandt macht eine herrliche Handgebärde. „Die ‚Union‘ hat im Augenblick Wichtigeres zu tun als Weltrevolutionen in Ihrem Sinn zu propagieren . . .“

„Aber aus eigener Kraft werfen wir Capponi nicht aus dem Sattel!“

Brandt zuckt ironisch die Schulter. „Ah, ein Erdteil soll in die Luft fliegen, weil ihr euern Diktator los sein wollt?“

„Uns hängt der Faschismus zum Hals heraus, aber wir brauchen eine Gelegenheit! Von uns kann der erste Impuls

nicht ausgehen, unsere Hände sind seit zehn Jahren gefesselt. Aber wenn das Feuer hochgeht, dann stellen wir unseren Mann! Darauf verlassen Sie sich, Brandt.“

„Hoffentlich funktioniert wenigstens eure Mailänder Funkenstation?“, fragte Rhée. „Vielleicht hat sie Capponi auch schon geschnappt!“

Brandt ruft seine Mitarbeiter in eins der Nebenzimmer. Pandrucci hält Laroque am Rockknopf fest. „Hoffentlich begnügt ihr euch jetzt nicht mit einem papiernen Protestschrei!“

Laroque lacht: „Unser Protest könnte auch ein Ultimatum an die verschiedenen Regierungen sein!“

„Bloß nicht abstoppen!“ beschwört der Italiener! Er wirft achtlos den Knopf, den er endlich von Laroques Rock abgedreht hat, zur Erde. „Wir wollen der Diktatur Halali blasen!“

„Diese Sorge gehört zum Innenressort Ihres Volkes, nicht des unsrigen“, lächelt Laroque ironisch zurück und verschwindet.

„Haben Sie gehört, liebe Landrux?“ Pandrucci sinkt enttäuscht auf den Stuhl. „Was für Chancen läßt sich Brandt entgehen! Euer Land gleicht einer geladenen Batterie! Funke rein! Und es geht los! Ebenso ist es jenseits des Rheins, auch in Polen! Brandt hätte vielleicht Minister bleiben sollen und die Kriegstreiber noch schütren müssen! Und wenn Mobil-machung und Kriegsausbruch die Völker in den nötigen Atem gebracht haben — dann den Speiß umgedreht!“

Rhée steht am Fenster. Ein Blitz zuckt über ihr Gesicht. Ein Donner kracht hinterdrein und läßt die Scheiben in den Fassungen erzittern.

„Nein“, sagte sie, ohne sich umzuwenden. „Brandt mußte endlich aus der Regierung heraus. Jetzt besteht zwischen ihm und Saint Brice schon ein halber Kriegszustand.“ Sie dreht sich um. „Der hundertprozentige Kriegszustand soll nicht auf sich warten lassen!“ Sie klopft dem Italiener vielsagend auf die Schulter und gleitet katzenhaft ins Nebenzimmer. Was da verhandelt und beschlossen wird, muß Geist sein von ihrem Geist!

Pandrucci starrt auf die Straße hinunter. Blitze und Donner begleiten den wolkenbruchartigen Regen. Haselnußgroße Schloßen prasseln gegen die Fenster. Der Fahrdamm ist mit einer faustdicken Eisschicht bedeckt, die in gurgelnden Gieß-bächen an den Bordschwellen hinunterrauscht. Das Unwetter

auch unter anderen Staatsformen gefährlich. Denn wenn die Regierung in die Wirtschaft von Bäckern und Bauern, Banken und Brauern Eingriffe vornimmt, so liegt es nur allzu nahe, daß diese Gruppen wirtschaftliche Mißerfolge auf Konto des Staates setzen und fordern, daß der Staat nun für ihre Mißerfolge einstehen. Wer im voraus sicher ist, daß der Staat die Verluste „sozialisiert“, bei dem erlahmt natürlich die Anspannung, aus eigener Kraft etwas zu Wege zu bringen. Diese Kraft kann dann nicht von der Behörde anbefohlen werden. Darum ist es so überaus gefährlich, daß der deutsche Staat insbesondere seit 1914 unter Benützung konservativer und sozialistischer Gedankengänge seine Bürger weitgehend zu dem Glauben verleitet hat, der Staat könne durch Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiet der Wirtschaft alles erreichen, was er wolle. Gewiß: er konnte im Krieg erreichen, daß alle Kräfte auf die Herstellung von Granaten konzentriert wurden. Aber noch niemals und nirgends auf der Erde hat ein Staat durch Gesetze und Beamte die Leistungen privater Initiative ersetzen können. Auch in Rußland nicht: dort versucht man jetzt, jene Leistungen künstlich einzubauen in die staatliche Planwirtschaft.

Der Staat soll in bezug auf die Wirtschaft nichts tun, als das freie Spiel der Kräfte herstellen, in dem jeder die gleiche Möglichkeit hat, an die Produktionsmittel heranzukommen; er soll die Wirtschaft innerhalb dieser Freiheit, die für alle gleich ist, sich selber steuern lassen; er soll nur da eingreifen, wo Monopolbildungen diese Freiheit bedrohen oder der Schwache besonderen Schutzes bedürfen.

Lappo-Unruhen in Finnland.

Die kommunistenfeindliche Bauernbewegung der Lappos unternimmt einen neuen Vorstoß. Aus allen Teilen Finnlands gehen in Helsingfors Nachrichten über Unruhen ein.

Bewaffnete Abteilungen der Lappo-Bewegung stürzten am Sonnabend in der Ortschaft Mäntsälä in Südfinnland eine sozialistische Versammlung. Sie besetzten die Ortschaft, umzingelten das Gebäude und schossen in die Luft. In der Stadt haben die Lappo-Truppen alle Wege gesperrt und den Kriegszustand verhängt. Die Zahl der Bewaffneten wird auf 5000 geschätzt. Sie erhalten stündlich neuen Zuzug, der in verschiedenen Gegenden Finnlands angeworben wird.

Die Lappo-Leitung fordert von der Regierung den Rücktritt des Innenministers und des Departements-Präfekten sowie die Auflösung aller sozialistischen Organisationen. Die Regierung ist zusammengetreten, um über die Lage zu beraten.

Der Helsingfors Korrespondent des „Svenska Dagbladet“ erhielt auf eine telefonische Anfrage beim Stab der Bewaffnetenscharen nur die Antwort: „Ehe nicht alles klar ist, wird nichts mitgeteilt; vielleicht, wenn wir 10 000 Mann zusammen haben.“

Die finnische Regierung hat eine scharfe Telegramm- und Telefonzensur eingeführt, so daß zuverlässige Meldungen über die Ereignisse bei Mäntsälä nicht zu erhalten sind. Die Wege nach Helsingfors werden von Truppen bewacht. Alle Züge nach Helsingfors werden von Militär durchsucht.

Verhandlungen in Memel gescheitert.

Am Montag fanden Verhandlungen zwischen dem von MERKYS ernannten Direktoriumspräsidenten SIMAIT und den Vertretern der Mehrheitsparteien statt, die etwa eine Stunde dauerten.

Die Verhandlungen wurden abgebrochen, da sich keine Verständigung erreichen ließ.

Nach dem Scheitern dieser Verhandlungen werden die Fraktionen der Mehrheitsparteien am Dienstag mittag zu einer Sitzung zusammenzutreten. Wie es heißt, wird den Mitgliedern der Mehrheitsparteien (LUTKUS, Volkspartei, und WASCHKIES, Landwirtschaftspartei), die nach Memel gerufen worden sind, die Genehmigung, sich an der Bildung des Direktoriums zu beteiligen, von den Fraktionen versagt worden.

hat die Straße leergefegt. Nur an der gegenüberliegenden Häuserfront steht alle zehn Meter ein Polizist, dicht an die Mauer gepreßt, mit trübfendem Umhang und mißvergnügter Miene.

Pandrucci hat melancholische Augen. Will sich die internationale Solidarität als Schwindel herausstellen? Brandt ist eben doch Franzose, der Angst hat, daß ein Krieg sein reiches, gesättigtes Volk ruinieren könnte. Ja, ja, Léon Brandt war wohl nicht aus dem Holz geschnitten, aus dem etwa der Russe Lenin modelliert war . . .

XVII.

Der Wolkenbruch, der sich zwei Stunden lang entladen hat, ist endlich in erträglichen Dauerregen übergegangen.

Es ist acht Uhr abends. Laroque prescht auf einem Motorrad aus einem Seitenportal der „Union“ heraus. Er schleudert den aufpostierten Polizisten eine Flut von Dreckwasser auf die Wettermäntel. Im nächsten Augenblick hat ihn schon die regendurchschauerte Dunkelheit verschluckt. Er hat es eilig, die Spur hinter sich zu verwischen. Die chiffrierten Depeschen, die er im Lederrock trägt, vertragen keinen Aufschub mehr, sie müssen zur Station.

Fünf Minuten später fährt Brandt mit Broucq aus dem Hauptportal.

Wie sich seit dem Nachmittag das Straßenbild verändert hat! Wie wenig Zivilisten es plötzlich in Paris gibt! Wieviel Uniformen! Polizisten, republikanische Garden! Soldaten, Stahlhelme!

Belagerungszustand! Die Exekutive ist den zivilen Händen entglitten. Wo vier Arbeiter oder Bürger unter tiefenden Regenschirmen beieinander stehen, wo ein winziger Zivilisten-trupp unter einem Hauseingang Schutz vor Regenschauern sucht — überall wachsen wie Pilze uniformierte Gestalten aus dem Asphalt, graziös ihre Gummiknäuel am Handgelenk schwingend. Blanke Stahlhelme drohen die Passanten an. Das scharfe Auge des Staates leuchtet in die heimlichste Ecke ziviler Gehirne hinein.

„Und das alles wegen der Chauvinisten!“ unterbricht Brandt endlich mit lässigem Lachen die schwelgsame Fahrt.

(Fortsetzung folgt.)

Der Stand der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit in den USA.

W. H. St. Louis, USA.

In dem Riesenverband der „American Federation of Labor“ (A.F. of L. — Amerikanische Arbeiter-Union), die völlig reaktionär ist — sie gehört nicht der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale an —, waren 1931 2 889 550 Arbeiter organisiert; 1930 waren es 3 461 096. Neben dieser führenden Organisation gibt es eine Anzahl Gewerkschaften, die insgesamt 500 000 Mitglieder zählen; 400 000 davon sind Eisenbahner.

Als die kommunistische Partei 1919 in den USA gegründet wurde, lautete die Parole für die Gewerkschaftsarbeit: bore from within (von innen bohren). Das bedeutete praktisch: alle KP-Mitglieder sollen in den bestehenden Gewerkschaften bleiben und dort daran arbeiten, sie kommunistisch zu durchsetzen. Zur Unterstützung dieser Tätigkeit wurde 1920 die Trade Union Educational League (Gewerkschaftlicher Aufklärungsbund) gegründet, der unter W. Z. FOSTERS Leitung gute Arbeit leistete. Er veröffentlichte eine Anzahl lehrreicher Broschüren und gab die Zeitschrift „The Labor Herald“ heraus. Der Zweck der TUEL war mit FOSTERS eigenen Worten: „Wir sind dagegen, daß radikale und fortschrittliche Arbeiter aus den Gewerkschaften austreten und eigene Verbände gründen, denn diese Taktik ist hauptsächlich verantwortlich dafür, daß die amerikanische Arbeiterbewegung so schwach ist. Der Erfolg dieser Taktik ist, daß alle radikalen Organisationen innerhalb der alten Gewerkschaften vernichtet werden und die reaktionären Führer nun ungehindert herrschen.“

Der Erfolg der Bestrebungen der TUEL war, daß die KP in manchen Gewerkschaften einen ziemlich starken Einfluß gewann. In anderen Verbänden konnte sie jedoch keinen festen Fuß fassen. Das lag teilweise an schlechter Arbeit von seiten der Kommunisten. Wahl- und Abstimmungsmanöver erschienen ihnen wichtiger als die Entscheidungen über lebenswichtige Fragen ihres Berufszweiges. Trotz einer Anzahl von Ausschlüssen von Kommunisten aus AFofL-Gewerkschaften bestand FOSTER darauf, daß Versuche gemacht werden sollten für die Wiederaufnahme. Nur in dringenden Ausnahmefällen sollten Neugründungen vorgenommen werden, und auch dann nur unter der Voraussetzung, daß es den Kommunisten gelang, viele Gewerkschaftler auf ihre Seite zu bringen.

Diese Politik wurde nach der Tagung des 4. Kongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale umgestoßen. Was gestern Ausnahmefall war, wurde über Nacht Regel. Das von FOSTER geprägte Schlagwort: „Radikale Arbeiter, bleibt bei den organisierten Massen!“ wurde geändert in „Raus aus den AFofL-Gewerkschaften!“. Auf der Cleavelander Tagung der Trade Union Unity League (Einheits-Gewerkschaftsbund) im Jahre 1929 hörte ich, wenn auch ungläubig, von der wachsenden Radikalisierung der amerikanischen Arbeiter. Die Notwendigkeit, für diese radikalen Elemente radikale Gewerkschaften zu schaffen, wurde von den vielen Rednern dauernd betont. FOSTER sprach selber, und ich konnte mich des Gefühls nicht erwehren, daß er selber nicht von der Richtigkeit der neuen Taktik überzeugt war. Die Begeisterung der etwa 600 Delegierten, unter denen sich viele Neger befanden, war groß. Einigen Delegierten von Textilarbeitern aus Gastonia, die sich gerade im Streik befanden, jubelte man zu. Die Radikalisierung der amerikanischen Arbeiter schien dort in Gastonia, im Staate South Carolina, anzufangen. Blutige Kämpfe hatten sich dort abgespielt, in deren Verlauf der Polizeichef getötet, eine Arbeiterin auf offener Straße ermordet, und eine Anzahl streikender Arbeiter verwundet wurden. — Heute gibt es in Gastonia keine Gewerkschaft mehr. Die Führer der Bewegung waren vom Gericht gegen hohe Kautionsfreigebungen worden. Sie zogen es vor, sich den Gerichten nach Ablauf der gesetzlichen Frist nicht zu stellen, so daß die Kautionsverloren ging.

Seit der Cleavelander Tagung sind fast drei Jahre vergangen. Wir sind heute in der Lage, an den Resultaten zu beurteilen,

Kino in Spanien.

H. P. Wer in Madrid ein Kino besucht, kann für recht wenig Geld — es gibt Plätze schon für 10 Pfennige — nicht nur ein langes Programm, sondern auch sonst absonderliche Dinge sehen. Es gibt auch vornehme Kinos, die denen in anderen europäischen Hauptstädten in nichts nachstehen, aber ihre Eintrittspreise sind manchmal so hoch, wie der Tagelohn eines Arbeiters. Hier ist die Rede vom Kino des Volkes.

Um halb elf Uhr nachts beginnt die letzte Vorstellung. Es finden meistens nur zwei Vorstellungen statt; die erste beginnt um 6 Uhr nachmittags. Ich habe die Nachtvorstellung besucht und mußte gleich am Anfang einen verächtlichen Blick des Platzanweisers einstecken, weil ich ihm kein Programm abgekauft habe, das sicherlich, dem Aussehen nach, schon mehrere Male Handelsobjekt gewesen sein mag. Ich kam ziemlich früh und konnte das eintretende Publikum eingehend betrachten. Da kamen Burschen hineingestürzt und stützten auf die Bänke zu, Frauen mit Säuglingen ließen prüfend ihre Blicke über die Sitzreihen schweifen, um eine hinreichende Zahl Stühle für die nachkommenden Männer, die eine Schar Kinder hinter sich herzogen, ausfindig zu machen. Der Raum füllte sich, von vorn nach hinten — aber so schnell fängt die Vorstellung nicht an. Den jungen Burschen in den vorderen Reihen wird es langweilig; sie trampeln und lärmern, und da die Säuglinge gewöhnlich den Ehrgeiz haben, den Lärm nach Kräften zu fördern, so gelingt der Versuch, vermittle eines Grammophons einen melodischen Schimmer über das Ganze zu breiten, nur unvollkommen. Schließlich bringt es ein schreiender spanischer Schlager fertig, die vorderen Reihen in seinem Rhythmus zu zwingen, und bald gehen die übrigen Geräusche im Gesang unter.

Natürlich bleibt die Zigarette auch im Kino in Tätigkeit. Räumlichkeiten, in denen das Rauchen verboten ist, gibt es recht wenige. Und wenn, dann nützt das Verbot nur, wenn eine Aufsicht da ist — falls diese nicht selber heimlich dem Laster frönt und beide Augen zudrückt. Im Laufe der Vorstellung kann sich jeder von der Zweckmäßigkeit des Rauchens im Kino überzeugen. Man kann kaum noch etwas sehen und der Husten der Kinder und Frauen nimmt bis zum Ende der

ob die Gewerkschaftstaktik der KP in Amerika richtig war. Auf dem Papier stehen zehn Verbände, die aber nur einen Bruchteil der Arbeiter ihres Berufszweiges erfassen und außer in der kommunistischen Tageszeitung „Daily Worker“ keine Bedeutung haben. Die Unzufriedenheit vieler Arbeiter mit der AFofL ist groß; es bedurfte keiner großen Anstrengungen, neue Gewerkschaften mit diesen unzufriedenen Elementen aufzumachen. Es kam darauf an, zu zeigen, daß die Kommunisten bessere Gewerkschaftsarbeit zu leisten vermögen. Und da haben sie — nach ihrem eigenen Urteil — versagt. Die unter kommunistischer Führung begonnenen Streiks gingen alle verloren. Das war unter den augenblicklichen Verhältnissen kaum anders zu erwarten. Aber es wurde fast nichts unternommen, nach den Streiks die Kräfte zu sammeln und langsam wieder die Arbeiter organisatorisch zusammenzufassen. Die Arbeiter sind entmutigt, hoffnungslos und verbittert, daß trotz großer Opfer nichts erreicht wurde. Es wird länger, zäher Arbeit bedürfen, um diese Proletarier wieder in die Klassenfront einzureihen.

Die Kommunisten verschließen diesen Fehlern gegenüber nicht die Augen. „The Communist“ schrieb im März 1931, daß der geringe Einfluß der KP darauf zurückzuführen sei, daß die Arbeit innerhalb der AFofL gänzlich aufgegeben wurde, obwohl noch große Massen organisierter Arbeiter dort waren. Kein anderer als Losowsky begründet die Schwäche der amerikanischen roten Gewerkschaften damit, daß Bürokratie und keine Selbstverwaltung der Arbeiter in den Gewerkschaften herrsche und daß jede Ortsgruppe den Ehrgeiz besitze, hohe Politik zu machen, anstatt sich um die Tagesprobleme der Arbeiter zu kümmern. „Labor Unity“, das Organ der Trade Union Unity League, erklärte im April 1931, daß bei verschiedenen Streiks die Arbeiter erst der TUEL beitreten mußten, bevor ihnen gestattet wurde, mitzustreiken. Und im August 1931 schildert der „Communist“ die Lage im kommunistischen Bergarbeiter-Verband, wie folgt:

„Vor acht Monaten war diese Gewerkschaft zu einem bloßen Schatten herabgesunken, weil schlecht gearbeitet wurde. . . . Unfähige, schwache Elemente waren in der Führung. . . . Auf der Tagung machte sich eine noch nicht dagewesene Bürokratie geltend. In keinem Falle haben wir dem Problem genügende Beachtung geschenkt, feste, solide Ortsgruppen aufzubauen. Wir haben noch nicht gelernt, was Organisationsarbeit bedeutet.“

FOSTERS alter Standpunkt: Radikale Arbeiter, bleibt bei den organisierten Massen! ist heute noch so richtig wie damals, als er ihn auf Grund jahrzehntelanger Erfahrung aufstellte. Es gilt, die reaktionäre Bürokratie der Gewerkschaftsböden über den Haufen zu werfen und durch fortschrittliche Elemente zu ersetzen. Anfänge hierzu sind seit einigen Jahren gemacht worden von der Conference for Progressive Labor Action (Bund für radikale Arbeiterpolitik) unter Führung MUSTERS, des bekannten Leiters der Arbeiterschule Brookwood. Diese Organisation kritisiert die schwächliche Haltung der Sozialistischen Partei zur Gewerkschaftsfrage und leistet Arbeiterorganisationen wertvolle Hilfe. Von der Tätigkeit MUSTERS und seiner Freunde werden wir noch ausführlicher berichten.

Auflösung polnischer Gewerkschaften.

f Kattowitz, 28. Februar.

Die Polizeidirektion gibt bekannt, daß der Verband der Hüttenarbeiter und der Berufsverband der Bergarbeiter aufgelöst werden. Die Führer dieser Gewerkschaften wurden verhaftet, weil sie Flugblätter herausgegeben haben, in denen die Arbeiterschaft zu Straßenkundgebungen und zum Eintritt in den Generalstreik aufgefordert wurde.

Vorstellung unerträglich zu. Das ist in Spanien freilich kein Grund, das Rauchen einzustellen.

Endlich nimmt das Programm seinen Anfang. Andächtig liest jeder die einleitende Schrift vor sich hin, vielleicht in der Annahme, daß sein Nachbar im Lesen nicht sonderlich bewandert sei. Die Handlungen im Film werden ungeniert bekrifelt und belacht. Rührende Szenen bringen die ganze Gesellschaft in eine trostlose Stimmung. Mir scheint, daß sich nirgends die Kindlichkeit des spanischen Volkes deutlicher offenbart, als im Kino.

In der Pause bemerke ich, daß in der Nähe ein Affe auf den Schultern der Zuschauer umherklettert. Natürlich wendet sich ihm die Aufmerksamkeit der Kinobesucher sogleich zu, er selber findet dagegen seine entfernten Verwandten bei weitem nicht so interessant. Er nimmt mit selbstverständlicher Geste die Zuckerstückchen, die man ihm gibt, setzt sich auf den Kopf seines Horrn und kratzt sich eins.

Geht die Vorstellung nach ein Uhr zu Ende, dann haben die Väter und Mütter ihre Not, die schlüfrigen Kinder nach Hause zu schleifen. Aber welche Vergütungen bleiben ihnen sonst? Das Kino ist das Theater des Volkes; es ist billig und leicht verständlich. Das, was geboten wird, ist nicht schlechter, als die Stücke, die das gebildete Publikum in den zivilisierteren Staaten genießt, d. h. es ist ebenso schlecht.

Die Eisgefahr bei Neufundland.

Im berliner Institut für Meereskunde hielt Herr Prof. DEFANT einen Vortrag über den „internationalen Eissicherungsdienst im Nordatlantischen Ozean“, besonders über das Auftreten von Eisbergen bei Neufundland.

Das Eis bei Neufundland ist eine besondere Schwierigkeit für die Schifffahrt im Atlantischen Ozean. Sie zwang zur Einführung eines wohlorganisierten Eisüberwachungsdienstes bei Neufundland. DEFANT sprach über die Fragen, zu welchen Jahreszeiten bei Neufundland Eisberge und Eisfelder auftreten, woher diese Eismassen stammen, und welche Umstände dafür verantwortlich zu machen sind, daß gerade diese Stelle des weiten Nordatlantischen Ozeans eine derartige Anhäufung davon aufweist, daß die Schifffahrt ernst-

Naphtali und Aufhäuser über Währungsprobleme — Wirtschaftsumbau.

E. Br. In sehr anschaulicher und populärer Weise sprach vor kurzem FRITZ NAPHTALI vor etwa 500 Berliner Funktionären des ZdA über „Währungsprobleme — Wirtschaftsumbau“. Er befaßte sich zunächst mit den Vorschlägen die Krise durch Währungsreformen zu beheben. Er lehnt dabei nicht nur den Plan FEDERS, des Wirtschaftstheoretikers der NS, ab, sondern betonte, daß die Gewerkschaften mit großer Entschiedenheit alle inflationistischen Mittel ablehnen. Den sogenannten WAGEMANN-Plan (aufgestellt von Professor WAGEMANN, dem Leiter des Instituts für Konjunkturforschung), der eine Bereinigung der Kreditlage zum Ziel hatte, hält NAPHTALI — abgesehen von einzelnen Reformvorschlägen — nicht für zweckmäßig.

NAPHTALI ging ausführlich auf den W.-T.-B.-Plan (aufgestellt von WOYTINSKY, TARNOW und BAADE) ein, der vorsieht, mit Hilfe eines zusätzlichen Kredits von einer Milliarde Mark, den die Reichsbank dem Reich gewähren soll, für etwa eine Million Menschen Arbeit zu beschaffen. Selbst bei dieser begrenzten Ausgabe von neuen Zahlungsmitteln für Arbeitsbeschaffung sieht NAPHTALI bei der heute leicht möglichen Erschütterung der deutschen Währung eine Inflationsgefahr. Er schlägt deshalb vor, Arbeitsbeschaffung nur in dem Maße zu betreiben, in dem es gelingt, heute noch ruhende Gelder heranzuziehen an die öffentliche Hand. Nach seiner Ansicht müßte es mit Hilfe einer Volksanleihe, die durch gute Verzinsung und Prämienverteilung einen Anreiz zur Zeichnung bietet, gelingen, die gehamsterten Noten wieder in den Verkehr zu bringen, sodaß einige 100 Millionen Mark zur Arbeitsbeschaffung eingesetzt werden könnten.

Zur Sanierung der Banken sagte NAPHTALI: Dieser Eingriff des Staates hätte einer Verschärfung der Krise vorgebeugt. Die Beteiligung des Staates an dem Aktienkapital der Banken sichere ihm einen großen Einfluß auf die Kreditpolitik. NAPHTALI begrüßte dies, weil die Vorgänge der letztvergangenen Jahre deutlich zeigten, daß das privatwirtschaftliche System versagt habe. Die Kontrolle der Banken durch die Gesellschaft bilde den Übergang zu der von den Sozialisten geforderten Planwirtschaft. Deshalb sei es heute eine praktische Forderung der Gewerkschaften, wenn sie das Mitwirkungsrecht der Arbeiter und Angestellten bei der Bankkontrolle forderten, damit die heutige Kreditpolitik nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen geleitet werde.

Als zweiter Referent des Abends sprach AUFHAEUSER, der Vorsitzende des Afa-Bundes, über das Wirtschaftsprogramm des Afa-Bundes. Wie NAPHTALI hält auch er die heutigen Eingriffe des Staates für solche, die auf dem Wege zum Sozialismus liegen. Als Mittel zur Konjunkturbelebung schlug AUFHAEUSER — außer der Finanzierung von Notstandsarbeiten mit Hilfe einer Volksanleihe — die Schaffung eines gemeinwirtschaftlichen Sektors vor, einer Zentralstelle, von der aus, unabhängig von den Parlamenten, die Leitung der Wirtschaft nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen könne. Denen, die ihm sagten, dies wäre alles nur Zukunftsmusik antwortete er, daß die Umwandlung der Wirtschaft niemals in normalen Zeiten erfolge.

Erfreulich war, wie energisch NAPHTALI Front machte gegen alle Inflationspläne.

Unverständlich ist jedoch, daß beide Referenten die Beteiligung von Arbeitern und Angestellten an der Banken- und Kartellkontrolle für eine praktische Gegenwartsforderung halten — angesichts der Tatsache, daß einerseits der Einfluß der Arbeiterschaft auf den Staat immer geringer wird und die Unternehmer andererseits ihre Betriebe sicher nicht freiwillig unter die Kontrolle von Arbeitern und Angestellten stellen werden. Ob die Eingriffe eines Staates in die Privatwirtschaft zum Sozialismus führen, hängt doch schließlich davon ab, was für ein Staat es ist und in welcher Richtung seine Eingriffe gehen.

lich gefährdet ist. Die Eismassen bei Neufundland stammen sowohl in Form von Packeis wie von Eisbergen aus der Baffinsbay, die Eisberge hauptsächlich von den gewaltigen Gletschern Westgrönlands. Diese Gletscher entsenden jährlich etwa 15 000 Stück Eisberge in die Baffinsbay, die dann zum Teil durch die Davisstraße im Labradorstrom bis Neufundland vordringen. Die ozeanographischen Expeditionen der „Marion“ und des „Godthaab“ haben die Eisverhältnisse und Eisberghäufigkeit in diesen Meeren 1928 eingehend studiert, so daß wir jetzt über die ozeanographischen Verhältnisse dieser Meere ausgezeichnet informiert sind. Der Eispatroldienst bei Neufundland hat seit seinem Bestehen eine ausgezeichnete Statistik der Eisverhältnisse der großen Neufundlandbank durchgeführt.

Die Zeitungsfrau.

Von Edith Benario.

Wir habons häßlich und leer daheim,
Aber viele Kinder, die schreien!
Und ich muß um Groschen laufen
Durch Straßen, Treppen, einen Haufen
Zeitungen in müden Armen,
Bei kaltem Wetter und warmem —
Mein Paek ist so schwer
Wenn der Magen leer.
Trepp auf, Trepp ab, mit Last
Unter der ich fast
Zerbreche. Was trag ich denn,
Warum, ach Gott, warum renn'
Ich so, Wegen der Fetzen
Papier, muß ich hetzen
Damit zum Essen
Sie Neues lesen? Wir fressen
Trockne Stücke Brot.
Wenn ich mich zu Tod
Gerannt, packt mich in Zeitung ein,
Die wärmt ja so fein,
Hab kein Geld zum Sarg,
Ach Gott, es ist arg. —

Die Wirtschaftskrise und ihre Bekämpfung.

P. G. Magdeburg, 28. Februar.

Ueber dieses Thema sprach auf einer öffentlichen Versammlung der Genosse RAUSCHENPLAT aus Berlin. Er sprach über die Ursachen der kapitalistischen Krisen, die Ursachen der Verschärfung der heutigen Krise und die Möglichkeit ihrer Überwindung. Als Vorbedingung dafür nannte er insbesondere, daß der Staat aufhört, bankrotte Großgrundbesitzer und Schwerindustrielle weiter zu subventionieren. Der Bankrott großer Unternehmungen werde an gewissen Stellen Arbeiter arbeitslos machen; darum müsse ein Gegenstoß sofort einsetzen: Ankurbelung der Bauwirtschaft und Siedlung. — Auf eine solche Wirtschaftspolitik zu dringen, sei die Aufgabe des Krisenkongresses, den die freien Gewerkschaften einberufen wollen. Die Wahl eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten würde ein Schritt sein zur Durchführung einer sozialistischen Politik der Krisenbekämpfung.

In der anschließenden Aussprache standen zunächst die politischen Fragen im Vordergrund. Es herrschte Einigkeit darüber, daß nur die Parteibüros und Zentralkomitees es verhindern, daß schon im ersten Wahlgang ein gemeinsamer Arbeiterkandidat aufgestellt wird.

Auf die Frage, ob denn „die Landwirtschaft“ nicht bei Senkung der Getreidezölle zu Grunde gehen werde, bat der Genosse RAUSCHENPLAT zunächst alle diejenigen, die schon vor dieser Versammlung oder vor Lektüre des „Funkens“ gewußt hätten, daß Getreide nicht das wichtigste Produkt der Landwirtschaft sei, die Hand zu erheben. Nur ein Lehrer hob die Hand, der zwölf Jahre auf dem Lande gelebt hatte. Für alle anderen war es zum Beispiel völlig überraschend, zu hören, daß der Verkaufserlös der deutschen Landwirte 1930/31 rund 8 Milliarden betragen hatte und davon nur 1,6 Milliarden auf Getreide, aber 3,5 Milliarden auf Vieh und 1,7 Milliarden auf Milch entfielen. Ein Zeichen, wie tief die großagrarisches Propaganda gewirkt hat.

Obwohl Genossen verschiedener politischer Richtung in der Versammlung anwesend waren, bot ihr Verlauf das in heutiger Zeit besonders erfreuliche Bild einer Aussprache unter Genossen. Kameradschaftlich und sachlich. Alle Diskussionsredner bemühten sich, dazu beizutragen, die aufgeworfenen Fragen in einer vernünftigen Diskussion zu klären.

Rechtsschutz — auch eine wichtige gewerkschaftliche Tätigkeit.

Et. In der Zeit der verschärften Wirtschaftskrise begehnen Unternehmer in erhöhtem Maße Rechtsbrüche, um auf Kosten der Arbeiter oder Angestellten ihren Profit zu erhalten oder zu erhöhen. Hiergegen können sich die Arbeitnehmer am besten schützen, wenn sie den von den freien Gewerkschaften eingerichteten Rechtsschutz in Anspruch nehmen. Welche Erfolge

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Berlin: Bezirk Prenzlauer Berg: Dienstag, den 1. März, 20 Uhr, Kasino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?

Bezirk Reinickendorf: Mittwoch, den 2. März, 20 Uhr, Vereinshaus Sachse, Holländer-Ecke Thurnerstraße. Thema: Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?

Burg b. Magdeburg: Freitag, den 4. März, 20 Uhr, im Schützenhaus, großer Saal. Thema: Arbeiterschaft und Reichspräsidentenwahl. Redner: H. Rase (Essen). Eintritt 20 Pf. Ewerhslose 10 Pf.

Hamburg: Donnerstag, den 3. März, um 20.15 Uhr, Volkshaus Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Thema: Soll der Faschismus wirklich siegen?

Freie Aussprache. Eintritt frei.

ein solcher Rechtsschutz erringen kann, zeigt der soeben veröffentlichte Bericht des Bundes der technischen Angestellten und Beamten (BUTAB). Klagesachen: 1929 — 1782, 1930 — 2745, 1931 — 4365. Von den im Jahre 1931 bearbeiteten Klagen wurden 2450 erledigt, 1915 werden in diesem Jahre weitergeführt. Von den 2450 beendeten Prozessen wurden 1776, gleich 72,5 Prozent (1930 70 Prozent), gewonnen, 359 Klagen gingen verloren und 315 Klagen wurden erledigt durch Klageverzicht, Klagerücknahme oder Rechtsschutzentziehung. In den 1776 gewonnenen Prozessen konnten 2 707 623,55 Mark sowie 78 Zeugnisse errungen werden; ferner wurden 4 Strafverfahren gegen Mitglieder des Bundes gewonnen. Auf außergerichtlichem Wege wurden noch 61 368,85 Mark sowie 12 Zeugnisse erstritten. Es ist bemerkenswert, daß die gesamten Einnahmen des BUTAB im Jahre 1931 nur um etwa 400 000 Mark höher waren als die erstrittenen Gelder der Bundesmitglieder.

Organisatorisches zur Wahl.

Wählerlisten einsehen!

h Berlin, 27. Februar.

Zur Reichspräsidentenwahl sind nur die Reichsangehörigen zugelassen, die in einer Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen sind. Listen und Karteien werden von der Gemeindebehörde geführt, in der der Stimmberechtigte seinen Wohnsitz hat; sie werden vom Donnerstag, dem 3., bis Sonntag, dem 6. März, bei den Gemeindebehörden ausgelegt. Eintragung in die Wählerliste ist auch Voraussetzung für die Ausstellung von Wahlscheinen für solche Wähler, die sich am Wahltag auf Reisen befinden. Jeder Wähler prüfe die Listen auf Richtigkeit!

Besondere Termine für Seeleute.

h Berlin, 27. Februar.

Seeleute, die vor dem 13. März in See gehen, können zur Reichspräsidentenwahl schon ab 5. März, und Seeleute, die nach dem 13. März in einen deutschen Hafen einfahren, noch bis 18. März in folgenden Hafenstädten abstimmen: Königsberg i. Pr., Pillau, Kolberg, Stettin, Swinemünde, Altona, Flensburg, Kiel, Emden, Wesermünde, Wilhelmshaven, Hamburg, Cuxhaven, Nordenham, Bremen, Bremerhaven, Lübeck.

In diesen Städten nehmen besondere Abstimmungsvorstände täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags Seemannsstimmen entgegen. Ausweis durch Seefahrtsbuch und Stimmschein.

Für den Durchgangsverkehr im Kaiser-Wilhelm-Kanal wird an der Holtenauer Schlouise ein Wahllokal eingerichtet, in dem vom 5. März vormittags 10 Uhr bis 18. März mittags 12 Uhr Tag und Nacht Seeleute ihre Stimme abgeben können.

Bierstreik wird fortgesetzt.

Nach Meldungen aus Hamburg und Kiel sind die am Bierstreik beteiligten Gastwirteverbände in den beiden Städten und benachbarten Orten entschlossen, den Streik fortzusetzen, ja ihn noch auszudehnen.

Neues Verbot.

h Berlin, 29. Februar.

Der zweite Band von MORITZ ZARNOW: „Gefesselte Justiz“ ist für das Gebiet des Freistaats Preußen verboten worden mit der Begründung, daß das Buch Organe, Einrichtungen und leitende Beamte des Staates beschimpft, sie böswillig verächtlich mache, und der Inhalt des Buches gestört sei, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Mittwoch, den 2. März.

Berlin:

17.45 P. BOSOLD: Erwerbstätige Jugend und ihre Freizeit.
22.10 Dr. RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Hamburg:

18.55 Prof. GRIMM: Die Reparationen im Lichte der Zeitgeschichte.

Königsberg:

21.10 Hörspiel: „Dollarkurs von 2 Uhr mittags: 1½ Millionen!“ Szenen aus der Inflation.

Königswusterhausen:

19.00 Staatssekretär Prof. AUGUST MPPELLER: Wirtschaftlicher Wunderglaube (Vergleiche: „Schuld oder Schicksal“ im „Funken“, Nr. 47, vom 25. Februar.)

Langenberg:

9.15 KAETHE DIDIER: Rechte der Frauen nach der Reichsverfassung.

Mühlacker:

19.05 Prof. LIEFMANN: Kartelle, Konzerne, Trusts. (Vergleiche: „Vogel-Strauß-Politik“ im „Funken“, Nr. 31, vom 10. Februar.)

Frankfurt:

1935 Wirtschaftskrise und Lohnpolitik. Gespräch zwischen Prof. VON BECKERATH, Bonn, und Prof. LEDERER, Berlin. (Vergleiche: „Wie kommen wir aus der Krise heraus“ im „Funken“, Nr. 3, vom 5. Februar; ferner: „Wirtschaftskrise ohne Ende“ im „Funken“, Nr. 39, vom 16. Februar.)

Donnerstag, den 3. März.

Breslau:

18.25 Der gesetzliche Schutz des Betriebsrates.
21.30 Mexikanische Geschichten von BRUNO TRAVEN.

Königswusterhausen:

22.15 Dr. RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Mühlacker:

19.05 Direktor DONAU: Deutsche Sozialpolitik und internationales Arbeitsamt.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

Freitag, den 4. März.

Breslau:

21.00 Ein Hörspiel nach GOETHE'S „GOETZ VON BERLICHINGEN“. (Auch Königswusterhausen.)

München:

20.35 Dr. PAUL ROHRBACH: Bericht von einer Weltreise.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wie die UdSSR ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit bewahrt.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer
Bitte ausgefüllt Ihrem Briefkasten oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag „Der Funke“, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internation Verlagsgesellschaft GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5919. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 29/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über

Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNERT:

Abrüstung, Völkerbund und Sozialismus

THEODOR HÜPEDEN:

Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:

Die schwarze Internationale marschiert:

England: Die Bilanz von 10 Jahren.

Holland: Das konfessionelle Schulwesen

Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.

Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Einbruch ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD

Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf Bundes

Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt g.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in

allen Preislagen

Otto Pfothhauer

Weimar, Köhrstraße 40

Verlangen Sie Angebot!

Arbeiterkinderheim

Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab

Ostern wieder Kinder auf Tagessatz

1,20 M, Kinder unter 10 Jahren 1,— M.

Etty Gräffe

MAGDEBURG

Elegante und praktische

Herrn- und Damenkleidung

nach Maß fertigt sauber und billig an

RUDOLF SCHÖNHEIT

Otto von Guerickestr. 104 H. r. l.

Stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig

Apfelsaft

naturrein und ungegoren,

hervorragend zur Frühjahrskur,

bestes Tafelgetränk

10 Flaschen RM 5,40

Versand per Bahn

Frischkost-Reformhaus

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104.

Anerkennung

eleganter Damen-

garderobe und

Reformkleidung

in

Fürstentum

Göttingen

Nikolaus-Berger-Weg 67

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



druckt Flugblätter,

Zeitungen,

Zeitschriften

und jede Art

Geschäfts-

drucksachen

Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29

Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

Imperialisten

nutzen die Schwäche Chinas, um ihr Räuberhandwerk zu rechtfertigen.

Sozialisten

müssen wissen, wo die Ursachen dieser Schwäche liegen und wie man sie beseitigen könnte.

Lest dazu das anerkannt zuverlässige China-Buch, das von einem Chinesen und einem Deutschen geschrieben wurde:

4600 Jahre China.

Selne politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse.

Von Kuo Shien-yen und Karl Hinkel.

141 Seiten. Mit einer Landkarte und drei Tafeln.

Broschiert 5,— M. Ganzleinen 4,50 M.

Das Buch kann bezogen werden durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag. (Postscheckkonto Hannover 60 643.)

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Die „Eiserne Front“ kapituliert.

Die „Reichskampfleitung der Eisernen Front“, hinter der sich offenbar nur die Reichsleitung der SPD feige versteckt, hat nun einen Aufruf zur Wahl HINDENBURG herausgegeben, der nicht nur einen Bruch aller — von der „Eisernen Front“ selber proklamierten — parteipolitischen Neutralität darstellt, sondern auch an Charakterlosigkeit gemessen ziemlich an der Spitze dessen steht, was Arbeiterorganisationen sich leisten können. Von THÄLMANN heißt es: „Mag sich THÄLMANN noch so sehr bücken, auch über seinen Rücken hinweg darf HITLER den Stuhl FRIEDRICH EBERTS nicht erreichen.“

Wenn schon vom Bücken die Rede ist, so darf gewiß die SPD, diese Bücklings-Partei zu allerletzt einem vorwerfen, daß er sich zu oft gebückt hätte. Der ganze Aufruf der „Eisernen Front“ ist eine einzige Aktion speiellheleckerischen Byzantinismus und lakonischer Verbeugung vor dem Herrn General — denn man muß immer bedenken: es besteht keinerlei Notwendigkeit für SPD und Gewerkschaften, HINDENBURG zu wählen, der ohne ihre Stimmen keinerlei Chance hat, im ersten Wahlgang gewählt zu werden; auch HITLER kann natürlich nicht gegen THÄLMANN, HINDENBURG und DÜSTERBERG die absolute Mehrheit erringen. Selbst wenn die SPD oder die freien Gewerkschaften noch einen eigenen Kandidaten aufgestellt hätten, wäre damit zu Gunsten HITLERS nichts verschoben worden.

Für HINDENBURG führt die Reichskampfleitung dies ins Feld:

„Weil HINDENBURG den Eid auf die Verfassung nicht nur geschworen, sondern auch gehalten hat, weil er verfassungsmäßig sein Amt versah — darum will man ihn vom Platze stoßen.“

Abgesehen vom Artikel 48 der deutschen Reichsverfassung soll die SPD einmal die Artikel dieses Dokuments aufzählen, die unter HINDENBURG in Kraft geblieben sind. Es gehört wirklich eine allen Durchschnitt überragende Verhöhung der Arbeiterschaft dazu, eine solche pöbelhafte Beweisführung einem deutschen Arbeiter vor die Augen zu bringen.

Die größte Rücksichtslosigkeit enthält der Hinweis auf den Kadavergehorsam der Mitglieder:

„Die Eiserne Front kämpft, sie diskutiert nicht! Jetzt gilt es, in eiserner Disziplin der Führung zu folgen.“

Damit will sie offenbar den Anschein erwecken, als ginge es hier in einen Kampf. Ein Kampf wäre diese Aktion geworden, wenn sie gegen Faschismus, HINDENBURG und das Bürgertum geführt worden wäre; in diesem Kampf hätte auch die Forderung soldatischer Tugend: eiserner Disziplin, Sinn gehabt. Was die „Eiserne Front“ tut, ist die Anhäufung von Zetteln für einen General, den Ehrenvorsitzenden des „Stahlhelms“. Die „Eiserne Front“ hat also mit Eisen nichts gemein als den Namen.

Was ergibt sich an Forderungen für die Gewerkschaften und die Gewerkschaftskollegen?

Es ist selbstverständlich, daß derartige Schiebungen der SPD die ungeheure Gefahr der Spaltung der Gewerkschaften immer mehr verstärken, und das heißt, daß die Gewerkschaftskollegen Augen und Ohren offen halten müssen, um der sozialdemokratischen Zellenarbeit, denn um eine solche handelt es sich, das Handwerk zu legen.

Selbstverständlich ist die Beteiligung der Gewerkschaftskollegen an der antifaschistischen Frontbildung nötig. Dazu gehört vorläufig bis zum Beweis des Gegenteils die Mitarbeit in den gewerkschaftlichen Hammerschaften; denn eine einheitliche Organisation der Arbeiterschaft zur Abwehr eines faschistischen Streiches ist unbedingt nötig.

Darüber hinaus aber und gerade im Interesse des Gelingens der Abwehr des Faschismus, muß man fordern: Kein Arbeiter hinein in diese „Eiserne Front“, solange nicht andere Zeichen für eine proletarische Taktik dort zu sehen sind. Keine Gewerkschaftsgruppe und kein Verband des ADGB darf sich an dieser Mißgeburt proletarischer Einheitsfront mitschuldig machen.

Freidenker für die Einheit.

Die Ortsgruppe Hannover des Deutschen Freidenkerverbandes hat eine Resolution angenommen, in der es unter anderem heißt:

Wer keine Wahl hat, hat die Qual.

Von F. C. Weiskopf.

(Copyright by Malik-Verlag A.-G., Berlin.)

(2. Fortsetzung.)

Zwar quengeln und unken sie nicht gerade oft, aber es genügt, ihnen zuzusehen, wie sie geduckt im Haus herum-schleichen, wie sie das Brot schneiden, oder das Mehl wiegen! Hol's der Teufel! Da schaut man lieber, daß man so wenig wie möglich in der Stube ist!

Draußen ist Vorfrühling. Klar und schüchtern. Voller luftiger Gerüche und wasserheller Farben: weiß, lichtblau, hellgrün — Erdgeruch, Flußduft, Harzgeruch.

Aber so schön wie in den ersten Tagen, als sie einander noch verulken, ist es doch nicht mehr:

„Wie der Jalliegt, schaut nur! Wie ein Graß! — Das paßt dir, Dicker, was? Ordentlich rund wirst du vom vielen Faulenzen! Deine Alte sollte weniger Kartoffeln kochen!“

Oder beim Braten der Fische:

„Klein ist aber so ein Fischchen, sakerment noch einmal!“

„Hättest es ja wachsen lassen können!“

Tja, — so ist es nicht mehr!

...

Dazu noch die kranke Frau.

Weiß der Teufel, wie das gekommen ist! Hat doch früher nie was mit einer Krankheit zu tun gehabt, das Weibsbild!

Zwar: — überflüssiges Fett ist nie dagewesen, und die Rippen hat man auch immer zählen können... die reinste Hühnersteige! ... mit einem Wort, ein richtiger Windhund, wie man so sagt! Aber in den Armen mehr Kraft als mancher ausgefressene Bauernlackel und voller Quecksilber! So quick und lebendig wie selten jemand, und jetzt mit einomal...

Aber kenn' du dich aus in den Krankheiten!

Da liegt sie nun schon seit Monaten im Bett, das Gesicht gelb und ganz faltig — nur die Backenknochen haben solche rote Flecken und die Augenhöhlen sind dunkelblau —, und

Versammlungssonntag in Spanien.

H. P. Madrid, 24. Februar.

Die für den 11. Februar in Barcelona angekündigte Rede hat der Vorsitzende der Radikalrepublikanischen Partei, ALEXANDER LERROUX, am Sonntag, dem 21. Februar, in Madrid gehalten. LERROUX ist ein unbedingter Republikaner, dem sehr weite Kreise, vor allem mittelständische, vertrauen. Er wagt noch nicht den entscheidenden Angriff auf die Regierung AZANA, wohl angesichts der gefährlichen Lage, die dadurch entstünde, daß die Sozialisten in die Opposition gedrängt und die Rechten ihren Druck verstärken würden. Etwa 30 000 Zuhörer mögen in der Stierkampfarena versammelt gewesen sein. Mehrere Sonderzüge aus allen Teilen des Landes brachten die begeistertsten Partigänger Herrn LERROUX nach Madrid. Die wochenlange Spannung, in der das Publikum gehalten wurde, hat die Erwartung höher geschraubt, als die Rede schließlich inhaltlich bot.

LERROUX hat sich zu den schwebenden Fragen sehr vorsichtig geäußert, und jede positive Stellungnahme mit einer Wolke von Phrasen umkleidet. So sieht er die Agrarreform für eine im Grunde sehr komplizierte Sache an, die weder von einem, noch von drei Parlamenten, weder von einer noch von mehreren Generationen bewältigt werden könnte. Er hätte mit dürren Worten sagen sollen, daß die Reform an den Besitzverhältnissen nichts ändern darf, wenn sie seine Zustimmung haben soll.

Zur Kirchenfrage bemerkte er, daß seine Partei der Verfassung zugestimmt habe, und daß die Trennung von Kirche und Staat bestehen bleiben muß. Diese Trennung sei übrigens im eigenen Interesse der Kirche, die nun völlig ihren geistigen Zielen nachstreben könne.

Er trat für ein republikanisches Konzentrationskabinet ein, was heißen soll, daß sich die bürgerliche Rechte einigen soll. Gegen die Sozialisten richtete er einige Vorwürfe, die Herrn FERNANDO DE LOS RIOS, den sozialistischen Unterrichtsminister, so schwer trafen, daß er, von Reportern über seine Meinung befragt, bekümmert erklärte:

„Die Rede ist von der edlen Absicht getragen, eine Atmosphäre der Herzlichkeit in den Beziehungen zwischen allen republikanischen Parteien und der Sozialistischen Partei zu schaffen; aber ich bedauere tief, was er in bezug auf die letzte sagte, denn... ich glaube, daß sich in unserer Amtsführung keine Parteilichkeit entdecken läßt, im Gegenteil, wir haben die Interessen der Nation denen der Partei in solchem Maße vorangestellt, daß wir uns häufig in Widerspruch setzen mußten mit den Wünschen und Erwartungen unserer Massen.“

Der 21. Februar stand in Spanien unter dem Zeichen der Versammlungen! In Zamora fand eine besonders von Frauen sehr gut besuchte katholische Versammlung statt, in der besonders eindringlich auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, daß neben der Schaffung einer kräftigen politischen

„Die vom derzeitigen Reichspräsidenten VON HINDENBURG erlassenen Notverordnungen, die in wesentlichen Punkten eine Ausnahme-Gesetzgebung gegen die Freidenker-Organisationen bedeuten, zeigen, daß es für die deutschen Freidenker nicht gleichgültig ist, wer das Amt des Reichspräsidenten ausübt...“

Weder die Aufstellung des Kandidaten THÄLMANN durch die KPD, ... noch die Entscheidung der SPD für HINDENBURG, ... liegen im Interesse der Arbeiterklasse.

Unverständlich bleibt, daß von den Arbeiterorganisationen nicht alle Versuche zur Aufstellung eines einheitlichen Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl unternommen worden sind...

Die Mitglieder fordern aus diesem Grunde vom Vorstand des DFV, in diesem Sinne seinen Einfluß auszuüben; sie erwarten ferner vom ADGB, als der größten überparteilichen Organisation, ohne Rücksicht auf irgendwelche Parteiinteressen, im letzten Augenblick dem Gebot der Stunde zu folgen und Vertreter aller maßgebenden Organisationen zu Verhandlungen zusammenzurufen zu dem Zweck, den Weg freizumachen für eine Aktion der gesamten Arbeiterklasse im Interesse der Arbeiterklasse.“

wendet einem nicht einmal mehr den Kopf zu, wenn man zur Tür hereinkommt.

Und jeden Morgen ist das Gesicht abgezehrt und der Körper verfallener und kümmerlicher als am Tage zuvor.

Als ob sie schmelzen würde!

Jaja, sie schmilzt, die Milada, kein Zweifel!

Wie ein Stück Zucker, das ins Nasse geraten ist, — still, ohne viel Aufhebens sozusagen, aber unaufhaltsam.

Unheimlich! Teufel!

Wenn sie wenigstens ächzen würde, oder stöhnen, oder schreien, oder sich hin und herwerfen, oder husten. Aber nein, nichts von all dem tut sie. Still und regungslos liegt sie da, sagt kein Wort, döst mit halbgeschlossenen Augen vor sich hin, als ob sie jeden Augenblick in einen noch dumpferen, noch unheimlicheren Schlaf hinüberschauen wollte.

Nur einmal während der ganzen Zeit ist sie richtig wach geworden. Damals, als der Arzt sie ins Krankenhaus schaffen lassen wollte.

Ins Krankenhaus gehe sie nicht! Dorthin brächte man sie unter keinen Umständen! Auch mit Gewalt nicht! Und man solle es auch gar nicht erst versuchen, sonst laufe sie — im Hemd, wie sie sei — davon. In den Wald oder ... oder geradenwegs ins Wasser.

„Jawohl, ins Wasser! Lieber ins Wasser als dorthin!“ So liebrig erregt, daß er ihr — kopfschüttelnd zwar — den Willen gelassen hat und sie hier geblieben ist.

III

Krankheit kostet Geld.

Das ist eine alte Wahrheit.

Je länger das Kranksein dauert, um so mehr Geld.

Das ist so altbekannt und selbstverständlich, daß man eigentlich ... aber gerade hier liegt der Hund begraben:

„Hunger hab' ich während der fünf Wochen ja nicht gerade selten gehabt, und wenn Streik und Aussperrung noch lange weiter dauern — es sieht ganz danach aus! — werde ich wohl noch sehr lange nicht richtig satt werden. Aber verhungern ... nein! Auch wenn der letzte Vorrat weg ist! Für mich und die Milada wird sich immer noch was zu

Bewegung auch eine intensive Sozialbewegung (d. h. eine christliche Gewerkschaftsbewegung) einhergehen müsse.

In einer anderen, ebenfalls von Katholiken einberufenen Versammlung in Sevilla, sprach der außerordentlich rührige und geschickte Rechtsradikale GIL ROLES, dessen Auftreten schon einige Male von der Regierung untersagt wurde. Er schlug sehr heftige Töne an und scheute sich nicht, offensichtliche Lügen zu verbreiten, indem er angesichts der Deportationen unzähliger anarchistischer Arbeiter zu behaupten wagte, daß nur die Kundgebung der Rechten verboten würden, daß nur die Räume der Rechten geschlossen und seine politischen Freunde ins Gefängnis geworfen würden. Die Rechten hätten keine Freiheit und befänden sich unter einem Revolutionskomitee. Er höhnte die Regierung, weil sie es nicht fertig brächte, die öffentliche Ruhe herzustellen. Er riskierte zu sagen, daß der andalusische Landarbeiter durch verbrecherische Beeinflussung vergiftet worden sei und Lohn wolle, ohne zu arbeiten. Man müsse ihnen deswegen sagen, daß sie außer Rechten auch Pflichten hätten, die es zu erfüllen gälte.

Diesen Ausführungen haben Tausende zugejubelt. Die ganze Rede atmet eine andere Kampfschlossenheit, als wie wir sie bei den Sozialisten finden.

Zwei Tage vorher fand in Badajoz eine sozialistische Propagandaversammlung statt, die von Teilnehmern, die anderer Meinung waren, gesprengt wurde. Badajoz ist eine Gegend, in der die SPS besonders große Erfolge bei den Wahlen zur Nationalversammlung errang. ...

In La Coruña wurde ein Meeting vom Ortsausschuß der republikanisch-antiklerikalen Linken veranstaltet, wo mehr als 10 000 Teilnehmer anwesend gewesen sein sollen. Wieder der gleiche Angriff auf die Regierung und die SPS.

Das Blitzlicht, das am 21. Februar über dem spanischen Versammlungsleben abgebrannt worden ist, läßt die Verteilung der Kräfte ziemlich gut erkennen. Das liberale Bürgertum, in Erinnerung an die Ursache des Sturzes der ersten Republik, die an der Uneinigkeit der Republikaner zugrunde gegangen ist, will nur langsam tastend in der Republik seine Klasseninteressen zur Geltung bringen. Das ist der Grund der Mäßigung, die LERROUX in seiner Rede gezeigt hat.

Es ist klar, daß die SPS in eine immer schiefere Lage kommt und mit ihr die ihr folgende Gewerkschaft. Die Kluft, die durch ihre entschiedene Taktik gegen links und ihre nachgebende, dienerische Taktik gegenüber rechts aufgerissen wird, läßt sich, wenn überhaupt, nur noch schwer überbrücken. Unzählige Richtungen ringen um den Löwenanteil der Massen der enttäuschten, verzweifelten und verwirrten Proletarier. Das, was die Massen wollen, ist Erlösung aus der Not. Sie kümmern sich nicht um die Unterschiede, die zwischen dem Stalinismus und Trotzismus bestehen; sie haben nie etwas von rechten und linken Abweichungen gehört. Sie erwarten von denen, die ihnen Besserung der Lage versprechen, die Erfüllung dieser Versprechen.

Erkennt man nicht noch in letzter Stunde diese Aufgabe, dann wird die spanische Revolution nichts zuwege gebracht haben, als gewissen Staatseinrichtungen einen anderen Namen gegeben zu haben.

PREIS - HERABSETZUNG!

Auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 haben wir die Preise unserer politischen und pädagogischen Schriften herabgesetzt.

Um es den Freunden unseres Verlages zu ermöglichen, unsere Schriften einem möglichst breiten Kreis von Menschen zugänglich zu machen, haben wir über die verfügte Preisherabsetzung hinaus vor allem die Preise der von anderen Verlegern übernommenen Schriften ermäßigt.

Fordern Sie ein Verzeichnis unserer Schriften mit den neuen Preisen an.

VERLAG „ÖFFENTLICHES LEBEN“.

Berlin S 14, den 1. März 1932.

essen finden. Für die Milada auch ein Tropfen Milch. — Sind ja gute Kerls, die Kameraden! Lassen einen nicht verkommen. Solange sie selbst noch was zu beißen haben, kommt auch auf uns zwei noch etwas.

Verhungern ... nein! Aber Geld? — Geld wird nicht aufzutreiben sein! Auch bei den besten Kameraden nicht! Haben ja selber keins!“

Mit dem „Moos“ sieht es also windig aus. Aber gerade das braucht man! Der Arzt wird ja wahrscheinlich warten bis man wieder Arbeit hat, aber die Medizin nicht. Die will bar bezahlt sein. Und daß man den Apotheker um Kredit bitten könnte wie einen Schuster oder Bäcker, — dieser Gedanke kommt einem gar nicht.

Und dabei ... hm ... um die Wahrheit zu sagen ... hm ... hat die Medizin bisher eigentlich gar nichts genützt.

Da schluckt die Milida schon die ganze Zeit über diese Pillen und Tropfen und schmilzt einem doch weg ... ja ... bis sie eines Tages ...

Da sprengt ein neuer Gedanke für einen Augenblick die Kette seiner Überlegungen:

„Wenn die Medizin zu nichts nützt ist, — weshalb sie denn dann überhaupt noch kaufen?“

Für einen Augenblick nur. Dann wird er sofort verscheucht. Aber nicht durch Schreck, oder Scham, oder gar Liebe. Nein!

Pulkträbek erschrickt nicht, denn es ist ja nicht das erstmal, daß er über die Krankheit seiner Frau nachdenkt (wie es so seine Art ist, langsam und bedächtig, als schichte er Ziegel im Ofen übereinander: jeder einzelne wird erst einmal hin und hergewandt, besehen, betastet, geprüft und in der Hand gewogen, bevor er seinen Platz bekommt!) und es ist auch nicht das erstmal, daß er zu dem Schluß gelangt, die Krankheit werde zweifellos ein schlimmes Ende nehmen.

Er schämt sich auch nicht, denn wie sollte er sich einer Erkenntnis schämen, die ihm das Leben selbst, dieses knar-sorige Ziegelerbeiterleben eingeblüht hat, das seine Erkenntnisse grob und ungefügt, aber eindeutig und verständlich vor jeden hinzimmert. So zum Beispiel:

(Fortsetzung folgt.)

Schwerindustrie.

Bitte der Nächste!

Die Sanierung der Berliner Großbanken durch Reich und Reichsbank ist soeben abgeschlossen worden. Als nächste in der Reihe der Unternehmungen, die nach öffentlicher Unterstützung rufen, kommt die oberschlesische Schwerindustrie heran.

Die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke AG („Oberhütten“) haben bei ihrer Gründung im Jahre 1926 vom Staat einen Kredit in Höhe von 36 Millionen Mark erhalten, der erst ab 1931 verzinslich ist, und auch da zunächst nur zu einem sehr niedrigen Satz. Infolge dieser Zugeständnisse hat der Kredit heute nur einen Wert von etwa 28 Millionen Mark, von denen weitere 10 Millionen nun gestrichen werden sollen. Das Aktienkapital der Firma soll jetzt von 30 auf 4 Millionen Mark herabgesetzt werden, wodurch vor allem die Hauptaktionäre, die beiden oberschlesischen Unternehmungen „Oberbedarf“ (Oberschlesische Eisenbahnbedarfs A. G.) und Castellengo Verluste erleiden. Dann soll das Aktienkapital auf 20 Millionen Mark erhöht werden. Die Hälfte der Schuld an den Staat soll durch Hergabe neuer Aktien im Nennwert von 9 Millionen Mark bezahlt werden. Aktien im Nennwert von 7 Millionen Mark sollen die Banken zur Begleichung eines Teiles ihrer Forderungen an Oberhütten erhalten. Nach dieser Sanierung soll der Konzern angeblich wieder durchaus lebensfähig sein.

In der „Germania“ beklagt sich Professor Goetz BRIEFS bitter darüber, daß hier ein Stück Staatssozialismus beziehungsweise Staatskapitalismus durchgeführt werde und daß die privaten Gläubiger den Hauptteil der Sanierung bezahlen müßten. Er findet, daß das Reich und Preußen in diesem Fall doch sehr viel knauseriger seien, als damals im Falle der westdeutschen Schwerindustrie, die allein als Entschädigung der während der Ruhrbesetzung erlittenen Verluste 700 Millionen Mark erhielt. Die Vergleichung ist nicht unberechtigt: die Herren von der Ruhr haben eine lautere Stimme als die aus Oberschlesien, und daher fallen für sie auch fettere Brocken ab.

Dieser Anklage hält nun der „Vorwärts“ entgegen, daß im Oberhütten-Konzern eine grobe Mißwirtschaft getrieben worden sei (was ja auch auf Westdeutschland zutrifft). Er fordert daher, daß der Staat nicht noch mehr Geld in den Konzern stecken soll; er sagt ganz

richtig: „Den oberschlesischen Wirtschaftsführern ist jeder Sozialismus willkommen, der Vermögen der Allgemeinheit privatisiert und Schulden der Privaten sozialisiert.“ Nur trifft das ebenso auf andere kapitalistische Unternehmungen, z. B. die Berliner Banken zu. Der „Vorwärts“ sieht den Fehler, der in Oberschlesien begangen worden ist, darin, daß das Reich und Preußen auf eine „ausreichende Kontrolle“ verzichtet haben. — Wenn eine solche Kontrolle „grobe Mißwirtschaft“ verhindert, wie konnte es dann zu dem Favag-Skandal kommen, wo doch eine besondere Instanz zur Wahrung der Interessen der Allgemeinheit eingesetzt worden war? Ob der große Fehler nicht vielleicht darin besteht, daß das Reich an Oberhütten überhaupt Subventionen gezahlt hat, die der Firma die übermäßige Vergrößerung der Anlagen ermöglicht haben, das untersucht der „Vorwärts“ gar nicht erst. Me.

Wie sie die Schuld abschieben. Aus dem Geschäftsbericht der Vereinigten Stahlwerke A. G.

... Mit nicht zu überbietender Deutlichkeit zeigen sich die Wirkungen der Tributverpflichtungen, durch die nicht nur Deutschland, sondern das Wirtschaftssystem der ganzen Welt vom Zusammenbruch bedroht ist. . . . Eine Untersuchung der besonderen Gründe der deutschen Krise, losgelöst von der Sonderbelastung durch die Tribute und von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, führt zu folgendem Ergebnis: Die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft sind durch die Bindung auf der Lohn- und Gehaltsseite und die immer zunehmende Belastung durch die Steuern und durch die Sozialpolitik dauernd gestiegen. . . .

Erste und wichtigste Aufgabe wird die Wiederaufrichtung des Binnenmarktes sein müssen. . . .“

Löhne und Gehälter sind den Herren zu hoch. Unter Aufrichtung des Binnenmarktes verstehen sie also offenbar nur die Stärkung ihrer eigenen Kaufkraft und der ihrer Kollegen aus verarbeitenden Industrien. — Die deutschen Betriebe sind mit nur 33,3 Proz. ausgenutzt. Soll wirklich die Kaufkraft derer erhöht werden, die sie noch weiter ausbauen? Diese irrsinnige Forderung wird im Geschäftsbericht einer der größten Unternehmungen erhoben, die es auf der Erde gibt!

Goerdelers Schlußbilanz.

GOERDELER sprach am 29. Februar abends im Rundfunk über alle deutschen Sender, um die Schlußbilanz seiner Tätigkeit zu ziehen. Bei Nahrungs- und Genußmitteln findet weiterhin eine Preisüberwachung statt; sie ist aber den obersten Landesbehörden übertragen. Dem Reichskommissar für Preisüberwachung bleibt im wesentlichen die Ueberwachung der öffentlichen Tarife; auf diesem Gebiet hält GOERDELER weitere Arbeit für notwendig.

Im übrigen bemerkt er mit Recht, eine unbegrenzte Fortsetzung des Preisabbaus auf allen Gebieten führe zu einer Zurückhaltung bei Bestellungen und damit zu einer Schädigung der Wirtschaft. Wer verlangte denn eine „unbegrenzte“ Preissenkung? GOERDELERs Arbeitsfeld war von vornherein viel zu stark begrenzt! Er sagte im Rundfunk ausdrücklich, daß Landwirtschaft und Bergbau von allen Preissenkungsmaßnahmen ausgenommen werden mußten (diese Äußerung zeigt wieder deutlich, wer die Macht hat in Deutschland!). Obgleich GOERDELERs Aktion also sehr enge Grenzen gezogen waren, behauptet er: „Wir sind jetzt bei einem Beharrungszustand angelangt, der so stabil ist, daß wirtschaftliche Dispositionen wieder für eine gewisse Zeit getroffen werden können.“ Hält er wirklich Schwerindustrie und Großgrund-eigentum in Deutschland für stabil?

GOERDELER behauptete im Rundfunk, er habe eine Senkung des Lebenshaltungsindex um 7 Prozent erreicht. So? Der Index ist tatsächlich nach den amtlichen Angaben in der zweiten Februarhälfte gegenüber der ersten Dezemberhälfte um 6,3 Prozent, gegenüber der zweiten Dezemberhälfte um 5,8 Prozent gesunken. GOERDELER vergaß auch völlig, zu erwähnen, daß der Index in der zweiten Februarhälfte um 0,3 Prozent höher stand als in der ersten Februarhälfte. Das war uns schon vor der Rundfunkrede bekannt. Herrn GOERDELER etwa nicht? — Wir wissen überdies, daß die Senkung der tatsächlichen Lebenshaltungskosten geringer war als die Senkung des Index; wir haben das erst gestern im „Funken“ auseinandergesetzt.

Die Lebenshaltungskosten sind seit Erlaß der Notverordnung wahrscheinlich nur halb so stark gesunken wie die Tariflöhne. Wie gedenkt BRÜNING sein Versprechen einzulösen, „eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden?“

Herr GOERDELER bescheinigen wir, daß er die ihm gestellte „begrenzte“ Aufgabe voll erfüllt hat: Er hat dafür gesorgt, daß täglich in der Presse von Preissenkungsmaßnahmen die Rede war und dadurch der Bevölkerung täglich Sand in die Augen gestreut wurde (um uns an dieser leider sehr erfolgreichen Aktion des Kommissars nicht zu beteiligen, haben wir solche Nachrichten im allgemeinen nicht wiedergegeben).

GOERDELER hat alles getan, was überhaupt ein Einzelner tun konnte, um den Lohnraub der Notverordnung zu maskieren, um die Massen darüber zu täuschen, daß durch die Notverordnung ihre Kaufkraft vermindert und also die Krise verschärft wird. Rpt.

Siedlung hat Zeit?

Der Reichstagsausschuß für landwirtschaftliches Siedlungswesen ist in bezug auf die Durchführung der Siedlung im Jahre 1932 noch zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen. Trotzdem hat der Ausschuß am 26. Februar beschlossen, die nächste Sitzung vom Vorsitzenden erst nach dem 13. März einberufen zu lassen.

Siemens & Halske A.-G. 9 Prozent Dividende.

Am Montag fand die Generalversammlung der SIEMENS & HALSKE AG statt. Nach den Berichten des Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Dr. VON SIEMENS, kann die Finanzlage der Gesellschaft als — in Anbetracht der Wirtschaftskrise — verhältnismäßig günstig angesehen werden. Die Bilanz zeigt schon daran, daß eine Dividende von 9 Prozent ausgeschüttet wird, ohne daß die Reserven hierzu angegriffen werden müssen. Allerdings scheint diese Ausschüttung höher zu sein, als sie durch den erzielten Gewinn berechtigt gewesen wäre. Ein Aktionär wies z. B. darauf hin, daß nicht genügend Rückstellungen in der Bilanz erscheinen für Forderungen, die nicht mehr einzutreiben sind. Zweifellos wird auch bei SIEMENS die Bilanz so „frisirt“, wie es der Geschäftsleitung im Augenblick am günstigsten erscheint. Man muß sich also davor hüten, zu glauben, aus diesen Rechenkunststücken könne man allzuviel über die wirkliche Geschäftslage des betreffenden Konzerns schließen.

Wir entnehmen dem mündlich gegebenen Geschäftsbericht: Aufträge: Wenn man den Auftragseingang der SIEMENS & HALSKE AG für die ersten vier Monate des Geschäftsjahres 1928/29 gleich 100 setzt, so sei er in den gleichen vier Monatsperioden im Jahre 1929/30 noch um 3 Prozent gewachsen, dann 1930/31 um 10 Prozent und 1931/32 um 40 Prozent zurückgegangen, bei den SIEMENS-SCHUCKERT-Werken sei dagegen ein Rückgang schon 1929/30 um 8 Prozent, 1930/31 um 40 Prozent und 1931/32 um 58 Prozent zu verzeichnen.

Der fakturierte Auslandsumsatz erreichte in den drei vergangenen Jahren über 1 Milliarde Mark.

Die Entwicklung der deutschen Elektroindustrie: Die elektrische Weltproduktion wurde 1913 auf eine Milliarde Dollar geschätzt, woran die USA mit 30 Prozent, Deutschland mit 35 Prozent beteiligt waren. 1929 habe sie sich mehr als vervierfacht, der Anteil Amerikas sei auf 46 Prozent gestiegen, der Deutschlands sei auf 20 Prozent gefallen. Die gesamte elektrische Ausfuhr aller Länder im Jahre 1913 betrug etwa 715 Millionen Mark, von denen auf Deutschland 45 Prozent, auf die USA 16 Prozent entfielen. 1930 betrug der Gesamtwert der Ausfuhr etwa 2½ Milliarden Mark, Deutschlands Anteil sei auf 29 Prozent gesunken, der der USA auf 21 Prozent gestiegen. Rund 80 Prozent der deutschen elektrischen Ausfuhr bleibe in Europa.

Durch die Exportaufträge des SIEMENS-Konzerns seien in Deutschland im Jahre 1930/31 über 30 000 Menschen direkt in den eigenen Betrieben beschäftigt worden und etwa die gleiche Anzahl indirekt in der vorgelagerten Fabrikation.

Beziehungen zu Regierungsstellen: In letzter Zeit seien von verschiedenen Stellen Anfragen gestellt worden, ob es richtig sei, daß SIEMENS sich an Regierungsstellen um Arbeit gewandt hätte, da man sonst weitere große Entlassungen vornehmen würde, und daß man um Subventionen gebeten hätte. Im Interesse des Hauses und seiner Angehörigen müsse man sich um Arbeit bemühen und auf die Folgen hinweisen, die aus einer weiteren Erstarrung zwangsläufig entstehen müssen.

Selbstverständlich ist der Wunsch nach Subventionen nie geäußert worden! Man hat nur, wie SIEMENS ja zugibt, um die Erteilung öffentlicher Aufträge gebeten. War es im Interesse der öffentlichen Finanzen richtig, in so raschem Tempo die Fernsprechanlagen in Deutschland auf Selbstanschlußbetrieb umzustellen, wie das geschehen ist? Oder nur im Interesse des Hauses SIEMENS? Dieses hat dann sicherlich auch noch versucht, für diese Aufträge Preise zu erhalten, wie sie „im Interesse des Hauses“ liegen!

Aus der Schmuggelindustrie.

In den Vereinigten Staaten findet zur Zeit die erste Jahresversammlung der Alkoholschmuggler statt. Der Kongreß begann mit einer Besprechung von „Geschäftsfragen“. Die Geschäfts-lage wird als gut bezeichnet, trotz der Wirtschaftskrise, die in anderen Industrien so hemmend wirkt. Die 25 anwesenden „Geschäftsleute“ bewiesen dies durch reichliche Beteiligung an Geselligkeiten.

In Deutschland wurde neulich eine neue Zoll- und Steuer-Unterschlagung aufgedeckt, durch die der Staat um 80 000 Mark betrogen worden ist: Aus Ostdeutschland werden häufig Waren per Schiff über Amsterdam nach Westdeutschland gesandt, weil der Wasserfrachtweg erheblich billiger ist, als die Eisenbahn. Für diese Waren werden von den Zollbehörden Deklarations-scheine ausgestellt, damit bei der Wiedereinfuhr nach Deutschland weder Zölle noch Steuern bezahlt zu werden brauchen. Dies Verfahren machte sich eine tschechische Firma zunutze; sie fälschte Deklarations-scheine und führte auf diese Art tschechischen Zucker zoll- und steuerfrei nach Deutschland ein. Sie betrieb dieses Geschäft in so erheblichem Umfange, daß sie den Staat dadurch um 80 000 Mark schädigte.

Je mehr Zölle und Einfuhrverbote, desto lohnender der Schmuggel. Bei der heutigen Häufung dieser Schranken ist er bestimmt zu einem der blühendsten Zweige der Weltwirtschaft geworden. Me.

Der Segen der Staatsaufsicht.

Am 1. Oktober trat die Aufsicht über die Bausparkassen in Kraft. Aber erst am 3. Dezember wurden die Mitglieder des Beirats des hierfür bestimmten Reichsaufsichtsamts ernannt.

Wenn die Prüfung der Bausparkassen in dem bisherigen Tempo weitergeht, so werden die Bausparer von etwa 300 angemeldeten Kassen erst nach Jahren erfahren, wie es um ihre Kassen steht. Dieser Zustand bedeutet eine außerordentliche Schädigung für die soliden Bausparkassen. Sie können künftig ihre neuen Tarife nicht in Kraft setzen, bevor sie hierfür nicht die Genehmigung vom Reichsaufsichtsamts erhalten; die Sparer zögern mit den laufenden Einzahlungen, weil sie nicht sicher sind, ob ihre Bausparkasse genehmigt wird.

TSCHECHOSLOWAKEI

Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende 1931 über 480 000.

Stillelegungen: In der Ostslowakei liegen von 130 größeren Industriebetrieben 37 völlig und 13 zu einem erheblichen Teil still.

Die Einlagen der Sparkassen stiegen im Jahre 1931 um fast 2 Milliarden auf 21 Milliarden Kronen. (1 Krone = 12 Pf.) Die Zahl der Bankerotte und Vergleichsverfahren stieg von 6189 im Vorjahr auf 6515 im Jahre 1931.

Der Großhandelsindex sank von 110 im Dezember 1930 auf 103,8 im Dezember 1931.

Außenhandel: Ausfuhr und Einfuhr sind 1931 gegenüber dem Vorjahr um rund ein Viertel gesunken. 1931 betrug der Ausfuhrwert 1,8 Milliarden Kronen, gegenüber 1,8 Milliarden Kronen im Vorjahr.

Schwerindustrie: In der Slowakei sind nur 34 Prozent der Kapazität ausgenutzt, in der Eisenindustrie auf. Den Rückgang der Produktion, der sich erst neuerdings verschärft hat, zeigen folgende Zahlen:

	in Tausend Tonnen	
	Roheisen	Stahl
1930	1440	1836
1931	1144	1520
Januar 1931	105	137
Dezember 1931	60	63
Januar 1932	51	61

Zur Ausgleichung des Staatshaushalts will der Finanzminister unter anderem die Biersteuer und die Umsatzsteuer (um ½ Prozent) erhöhen, ferner die Preise für Tabakfabrikate der Staatsmonopolverwaltung heraufsetzen. Diese Ankündigung hatte einen Sturm auf die Prager Tabakläden zur Folge, da die Verbraucher sich noch vor der Preiserhöhung mit Tabak eindecken wollten. Außerdem wurden Protestkundgebungen gegen den Plan des Finanzministers veranstaltet.

ITALIEN

Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende 1930 642 200 und stieg bis Ende 1931 auf 982 300.

Die Tariflöhne sind seit 1929 um 13 Prozent gesenkt worden; jedoch wird auch sehr häufig zu niedrigeren als den Tariflöhnen gearbeitet.

In den Werken der großen Automobilfabrik Fiat werden ab 1. März die Löhne um 10 Prozent gesenkt werden. Als teilweisen Ausgleich werden die Arbeiter eine Anzahl von Lebensmitteln mit einer Preisermäßigung von 7 Prozent erhalten, wenn sie bei einem bestimmten Konsumverein kaufen.

Die Zahl der Bankerotte betrug im vergangenen Jahr 20 800 gegenüber 15 800 im Jahre 1930.

Außenhandel: Die Einfuhr ist von 17 Milliarden Lire im Jahre 1930 auf 12 Milliarden Lire im Jahre 1931 gesunken. Dagegen ist die Ausfuhr nur von 12 auf 10 Milliarden Lire zurückgegangen. (1 Lira = 12 Pfennige.)

Im Januar 1932 war die Außenhandelsbilanz zum ersten Male seit mehreren Monaten wieder passiv, der Einfuhrüberschuß betrug allerdings nur 206 Millionen Lire gegenüber 333 Millionen Lire im Januar des vorigen Jahres.

Industrie: die einzigen Industriezweige, deren Lage sich im vergangenen Jahr sogar noch besserte, sind die Kunst-seiden- und Aluminium-Industrie.

Die Eisenproduktion sank von 534 000 t auf 509 000 t, die Stahlproduktion von 1,8 Millionen t auf 1,5 Millionen t. Ein verhältnismäßig geringer Rückgang!

Landwirtschaft: Als der Weizenpreis nach der Ernte auf 700 Lire pro Tonne sank, wurde der Zoll auf 750 Lire erhöht. Außerdem wurde ein Vermahlungszwang eingeführt: die Mühlen müssen 95 Prozent italienischen Weizen vermahlen. Dadurch konnte der Weizenpreis bis Ende Januar auf 1100 Lire per Tonne getrieben werden.

Für jede Tonne Reis, die ausgeführt wird, zahlt das nationale Reisamt dem Exporteur 310 Lire. Infolgedessen erhalten die italienischen Reiserzeuger 700 Lire pro Tonne, während der Weltmarktpreis nur noch 450 Lire beträgt.